Nr. 230. Freitag, den 3. Oktober 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Der Oktoberschrecken

hat sich ebenso als eine Ausgeburt des bösen Gewissens und der Unwissenheit erwiesen, wie vor 5 Monaten der Maischrecken. Solche Angstprodukte, die jeder thatsächlichen Begründung ermangeln, sind der Beweis einer krankhaften Disposition. Ein Mensch, der sich beständig von Gefahren umringt sieht, bei jedem Geräusch auffährt, stets seine Existenz bedroht glaubt, ist nicht in einem normalen Geistes- und Körperzustand, und muß ärztlicher Pflege überliefert werden. Was von einzelnen Individuen gilt, das gilt auch von Kollektivorganismen, wie dem Staat, der Gesellschaft und einzelnen Bevölkerungsklassen.

Ein Staat, der vermeintlich immer in Gefahr ist, hat eine zerrüttete Konstitution. Eine Gesellschaft, die bei jedem Luftzug zittert und sich für das Ziel unaufhörlicher Mordanschläge und sonstiger Attentate hält, dokumentirt dadurch auf das Deutlichste ihre vollständige Ungesundheit. Und unsere moderne Bourgeoisie — insbesondere die deutsche, welche unter allen Bourgeoisien der Welt die unvortheilhaftest entwickelte ist, bekundet durch ihre fortwährenden Beängstigungen und Anfälle von Zitterfieber, daß sie krank ist bis in den innersten Lebensnerv.

Der Maischrecken und der Oktoberschrecken waren die vernichtendsten Armuthszeugnisse, welche unsere Bourgeoisie sich ausstellen konnte. Und der Umstand, daß der 1. Oktober dem deutschen Unternehmerthum und unseren sämmtlichen Reaktionsparteien Gelegenheit gegeben hat, ihren geistigen und moralischen Bankrutt vor aller Welt zu bekunden, kann die Freude und das Hochgefühl der Sozialdemokratie nur erhöhen.

Die Feier des 1. Oktober ist genau so verlaufen, wie jeder vernünftige Mensch mit gesunden Sinnen es erwartet — und genau umgekehrt so, wie die Bourgeoisie und die sonstige Reaktion es sich eingebildet hatte.

Ueberall in Deutschland wurde der Fall des Sozialistengesetzes in dem gleichen Geiste und mit der gleichen Begeisterung gefeiert. Nirgends fand auch nur die leiseste Störung statt, nirgends der leiseste Mißklang — überall herrschte die vollkommenste Harmonie und Brüderlichkeit bei klarer Beurtheilung der Sachlage. Nirgends äußerte der Siegesjubel sich in thörichten Ueberschwänglichkeiten. Ueberall wissen ja die Genossen, daß der Kampf mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes nicht zu Ende ist, und daß von einer neuen Aera nur in dem Sinne einer neuen Aera des Kampfes die Rede sein kann. Die deutschen Arbeiter waren am 1. Oktober auf der Höhe des Moments. Der Sieger freute sich der erfochtenen Siege, und gedachte der schwereren Kämpfe, die noch bevorstehen. So fehlte dem Festjubel nirgends der weihevolle, entschlossene Ernst, der eine kämpfende Armee in einer Kampfpause beseelen muß.

Nicht daß, wie einige Klugmeier ausgetüftelt hatten, der Sozialdemokratie die Festfreude durch den Gedanken vergällt worden wäre, daß nicht die Sozialdemokratie es gewesen, welche die Aufhebung des Sozialistengesetzes erwirkt, sondern daß dies das Werk von Faktoren außerhalb der Sozialdemokratie sei. Das ist albernes Gerede. Jeder Sozialdemokrat weiß, daß die Sozialdemokratie es war, welche das Sozialistengesetz getödtet hat. Hätte sie sich mit Hammelsgeduld unterworfen, und in stiller Ergebenheit gewartet, bis von oben herab die Erlösung kommen, und der Knebel uns abgenommen werde — noch heute wäre das Sozialistengesetz in Kraft und noch heute spielte Fürst Bismarck seine unheilvolle Rolle fort. Aber die deutsche Sozialdemokratie unterwarf sich nicht, sie „pfiff auf das Gesetz“, sie wehrte sich ihrer Haut, bewies ihren Feinden durch die kräftigen Hiebe, die sie ihnen versetzte, die Unsinnigkeit und Zwecklosigkeit der Knebelakte, und drehte so erfolgreich den Spieß um, daß den Angreifern Sehen und Hören verging.

Statt sich feig zu ducken, huldigte die geächtete Partei dem guten Grundsatz: „auf einen Schelmen anderthalbe“ und statt um Gnade zu bitten und reuig Besserung zu geloben, verleideten wir unseren Feinden die Lust zum Weiterkämpfen. Wir sorgten dafür, daß von den „erzieherischen Wirkungen des Sozialistengesetzes“ die schlechten alle unseren Feinden, die guten alle uns zu Theil wurden, und, indem wir unsere Feinde schlugen, schlugen wir das Sozialistengesetz todt.

Am 20. Februar dieses Jahres wurde es hingerichtet — in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober wurde der einbalsamirte jedoch trotzdem den widerlichsten Verwesungsduft ausdünstende Kadaver begraben.

Also die Sozialdemokratie hat das Sozialistengesetz getödtet — den Ruhm lassen wir uns nicht rauben. Allein wir wissen auch, daß die Parteien noch nicht todt sind, welche das Sozialistengesetz gemacht haben, daß die weitaus größere Hälfte unserer Aufgabe noch zu erledigen ist, und daß die schwersten Kämpfe noch gekämpft werden müssen. Indeß, wir sind bis jetzt mit unseren Feinden fertig geworden und werden auch später mit ihnen fertig werden, so lange es noch Feinde giebt.

Der 1. Oktober — sagten wir — ist der Anfang einer neuen Aera des Kampfes. Das weiß ein Jeder von uns. Und ein Jeder von uns weiß, daß er für die heilige Sache der Sozialdemokratie seine ganze Persönlichkeit einzusetzen hat. Und darum wird die neue Aera des Kampfes für uns eine Aera des Sieges werden.

Die Befürchtungen, welche unsere Feinde an den 1. Oktober knüpften, haben sich nicht erfüllt. Und dennoch hatten sie allen Grund, den 1. Oktober zu fürchten, denn er zwingt sie, jetzt hinter den Schößen der Polizeiuniform hervorzutreten, und sich am Tageslicht in ihrer wahren Gestalt zu präsentiren. Hic Rhodus hic salta! Unsere Feinde müssen jetzt Farbe bekennen, und zeigen, was sie leisten können. Die Deckung des Sozialistengesetzes hat für sie aufgehört. Wir haben sie am Kragen und ihr Unfähigkeits-Nachweis soll nun durch sie selbst, und durch uns mit erschöpfendster Gründlichkeit erbracht werden.

Ja, unsere Feinde haben Ursache gehabt, den 1. Oktober zu fürchten — wenn auch nicht in der kindischen Form, wie es der Fall gewesen — der 1. Oktober entzieht ihnen den Schild, hinter dem sie ihre Impotenz verbergen konnten, und giebt uns die Möglichkeit, sie rascher zu überwinden.

Friedrich Engels

schreibt in der letzten Nummer des „Sozialdemokrat“:

Zweimal in meinem Leben hatte ich die Ehre und die Freude, an einem Blatt mitzuarbeiten, wo ich die beiden günstigsten Bedingungen vollauf genoß, unter welchen man überhaupt in der Presse wirken kann: erstens unbedingte Preßfreiheit und zweitens die Gewißheit, von gerade dem Publikum gehört zu werden, von dem man gehört sein will.

Das erste Mal 1848—49 bei der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Das waren Revolutionszeiten und da ist es ohnehin eine Lust, an der Tagespresse zu arbeiten. Man sieht die Wirkung jedes Worts vor Augen, man sieht, wie die Artikel förmlich einschlagen, als wären sie Granaten, und wie die Sprengladung platzt.

Das zweite Mal beim „Sozialdemokrat“. Und das war auch ein Stück Revolutionszeit, seitdem die Partei sich auf dem Wydener Kongreß widersand, und von da an „mit allen Mitteln“, gesetzlich oder nicht, den Kampf wieder aufnahm. Der „Sozialdemokrat“ war die Verkörperung dieser Ungesetzlichkeit. Für ihn bestand keine bindende Reichsverfassung, kein Reichs-Strafgesetzbuch, kein preußisches Landrecht. Widergesetzlich, zum Trotz und Hohn aller Reichs- und Landesgesetzgebung, drang er allwöchentlich über die Grenzen des heiligen Deutschen Reichs; Häscher, Spione, Lockfritzel, Zöllner, verdoppelte und verdreifachte Grenzwacht waren ohnmächtig; fast mit der Sicherheit eines Wechsels wurde er am Verfalltag den Abonnenten präsentirt; kein Stephan konnte hindern, daß die deutsche Reichspost ihn versenden und austragen mußte. Und das bei über zehntausend Abonnenten; und während die verbotenen Schriften von vor 1848 von ihren Bourgeoiskäufern nur in den seltensten Fällen bezahlt wurden, zahlten die Arbeiter für ihren „Sozialdemokrat“ zwölf Jahre lang mit der größten Regelmäßigkeit. Wie oft hat mir altem Revolutionär das Herz im Leibe gelacht, wenn ich diese so ausgezeichnet eingeölte, geräuschlose Wechselwirkung zwischen Redaktion, Expedition und

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [3

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Das junge Mädchen biß die Lippen zusammen, wie unter dem Schmerze einer Beleidigung, dann sagte sie kurz angebunden und hoffärtig: „Wegwerfen werde ich mich niemals, da bleibe ich lieber ledig.“

Paul wandte sich mit höchst gleichgiltiger Miene an den Vater und fragte, ob er Nachrichten von seinem Sohne habe.

Der Alte blähte sich auf und nickte bejahend. Dann nahm er die Pfeife aus dem Munde, gleichsam aus Respekt vor dem Gegenstand, der da zur Sprache kommen sollte:

„Mein Sohn —“ bald hätte er Herr Sohn gesagt — „ist in Wien, natürlicherweise viel beschäftigt — der ist ganz in seinen Studien, der ist ganz in der Wissenschaft — mein Sohn.“

„Da hat er also schon eine Anstellung?“ fragte Paul.

„Das heißt, er wartet auf eine Professur, nichts Geringeres darf er mir nicht annehmen.“

„Da wird er lange warten können,“ warf Poldl dazwischen.

„Ach, es lauern so Viele auf ein Amt“. klagte Mili, „er hat uns selbst geschrieben.“

„Es ist unerklärlich, daß sich grad Alles zum Lehrfach drängt“, brummte der Alte.

„Dorthin wie überallhin,“ bemerkte Poldl, „die Leute stürzen sich nur auf die Arbeit, als ob es gar nichts anderes zu thun gäb' auf der Welt.“

„Da spricht der Faulpelz in Dir, der sein Lebtag nichts anderes gethan hat, als im Wald herumgebummelt,“ fuhr der Sattler wieder gegen ihn auf.

„Niemals hätt' es so viel Studenten gegeben,“ sagte Mili rasch einlenkend, „und für jeden Posten wären hundert Bewerber da.“

„Aber trotzdem glaubt jeder Vater, er muß seinen Buben auf die Universität schicken,“ lachte der Pecher.

Das war aber dem Sattler zu viel.

„Hätt' ich den meinigen vielleicht sollen zum Handwerk geben? da hätt' ich ihn doch lieber gleich erschlagen. Was ist denn ein Handwerker heutzutag anders als ein Hungerleider, und gar ein Sattler. — Sollt' vielleicht noch ein Dritter sich im Ort etabliren und zuschauen, wie ein Train nach dem andern ihm vor der Nase dahinfährt, und zuschauen, wie der fruchtbare Acker sich in Gärten und Parks verwandelt, so daß ein ordentliches Paar Ochsen gar nirgends mehr zu sehen ist. Nein, ich dank dafür, dafür war mir mein Sohn zu gut. Der soll's einmal besser haben, als sein Vater, und der hat auch, Gott sei Dank, den Kopf darnach.“

„Ja, das ist wahr“, bestätigte die Mutter, die sich nun ebenfalls unter der Thüre zeigte. „Der Rudi, der hat schon alles ausgelernt, was es nur zu lernen giebt. Freilich, er hat auch g'nug Geld gekostet. Wir stünden anders, wenn wir den nicht hätten studiren lassen, und —“

„Red' nicht so dumm über Sachen, die Du nicht verstehst,“ herrschte sie der Gatte an. „Mich reut es nicht. So ein Talent, das muß seinen Weg machen, und er kann auch einmal Minister werden.“

„Da wird er freilich auch eine starke Konkurrenz zu bestehen haben,“ scherzte der Pecher, der sein loses Maul nicht halten konnte.

„Es giebt Ueberproduktion auch an Ministern,“ sekundirte Paul.

In dem Augenblick trat der Briefträger heran und übergab dem Meister einen Brief, der mit der letzten Post gekommen war.

„Er besah das Kouvert. „Von meinem Sohn,“ sagte er stolz.

„Ah, vom Rudi!“ rief Mili erfreut.

„Was schreibt er denn?“ fragte die Mutter.

„Wahrscheinlich hat er die Professur schon in der Tasche,“ versetzte nicht ohne Bosheit der junge Arbeiter.

„Höchst wahrscheinlich sogar,“ erwiderte der Sattler mit Nachdruck, „wenn überhaupt Einer ernannt wird, so wird er es sein.“ Sprachs und ging, seinen Brief in der Hand, in das Zimmer zurück, ohne die Beiden auch nur eines Blickes zu würdigen.

Der Pecher Poldl und sein Freund grüßten die Frauen, der Erstere mußte noch einmal der Mili die Hand drücken, der Mutter ein Witzwort zurufen, dann gingen sie über die Brücke, nach dem jenseitigen Ufer, ihrer Behausung entgegen.

Zweites Kapitel.

Eine Stunde später kamen Frau Brandhofer und Mili nach dem Garten heraus. Ihre Stimmung war eine durchaus veränderte und sie sahen Beide recht trübselig aus. Die Erstere fuhr mit ihrem Schürzenzipfel immer wieder über die tropfenden Augen.

Mutter und Tochter trugen ein Bettgestell, das sie

Abonnenten, diese businesslike, geschäftsmäßig organisirte revolutionäre Arbeit, Woche für Woche, jahraus, jahrein, mit gleicher Sicherheit sich abwickeln sah!

Und das Blatt war der Mühen und Gefahren werth, die seine Verbreitung kostete. Es war unbedingt das beste Blatt, das die Partei je besessen. Und zwar nicht blos, weil es, allein von allen, volle Preßfreiheit genoß. Die Grundsätze der Partei wurden mit seltener Klarheit und Bestimmtheit dargelegt und festgehalten, und die Taktik der Redaktion war fast ausnahmslos die richtige. Dazu kam noch eins. Während unsere Bourgeoispresse sich der ertödtendsten Langweiligkeit befleißigt, spiegelte sich im „Sozialdemokrat" auch der heitere Humor reichlich wieder, womit unsere Arbeiter den Kampf gegen Polizeichikanen zu führen gewohnt sind.

Dabei war der „Sozialdemokrat" alles, nur kein bloßes Mundstück der Fraktion. Als die Majorität der Fraktion 1885 der Dampfersubvention zuneigte, vertrat das Blatt entschieden die entgegengesetzte Meinung, und behauptete sein Recht dazu auch noch, als diese Majorität in einem Tagesbefehl, der ihr heute wohl selbst unbegreiflich erscheinen wird, ihm dies verbot. Der Kampf dauerte gerade vier Wochen, während deren die Redaktion von den Parteigenossen Deutschlands und des Auslandes kräftig unterstützt wurde. Am 2. April erschien das Verbot; am 30. brachte der „Sozialdemokrat" eine zwischen Fraktion und Redaktion vereinbarte Erklärung, woraus hervorging, daß die Fraktion ihren Befehl zurücknahm.

Zu einer späteren Zeit war es dem „Sozialdemokrat" vorbehalten, das viel gerühmte schweizerische Asylrecht auf die Probe zu stellen. Da zeigte sich, wie in allen ähnlichen Fällen seit 1830, daß dies Asylrecht jedesmal gerade da versagt, wo es wirklich in Kraft zu treten hat. Das ist nun nichts Neues. Seit ihrer von 1830 an bewirkten Demokratisirung erlauben die benachbarten Großmächte der kleinen Republik die demokratischen Experimente im Innern nur unter der Bedingung, daß das Flüchtlingsasyl nur unter Kontrole der jedesmal interessirten Großmacht ausgeübt wird. Die Schweiz ist zu schwach, um nicht nachzugeben. Man kann ihr das nicht übel nehmen. Marx pflegte zu sagen, in Bezug namentlich auf Holland, die Schweiz und Dänemark, heutzutage sei die schlimmste Lage die eines kleinen Landes, das eine große Geschichte gehabt. Aber nun höre man doch endlich auf, in der „freyen Schwyz" vom unbefleckten Asylrecht zu flunkern.

Der „Sozialdemokrat" war die Flagge der deutschen Partei; nach zwölfjährigem Kampf ist die Partei siegreich. Das Sozialistengesetz ist gefallen, Bismarck ist gestürzt. Das mächtige Deutsche Reich hat alle seine Machtmittel gegen uns in Bewegung gesetzt; die Partei hat ihrer gespottet, bis endlich das Deutsche Reich seine Flagge hat streichen müssen vor der unsern. Die Reichsregierung will es uns gegenüber einstweilen wieder mit dem gemeinen Recht versuchen, und so wollen wir es einstweilen wieder mit den gesetzlichen Mitteln versuchen, die wir uns, vermittelst kräftigen Gebrauchs der ungesetzlichen, wieder erobert haben. Ob dabei die gesetzlichen Mittel wieder ins Programm aufgenommen werden oder nicht, ist ziemlich gleichgiltig. Versucht muß werden, vor der Hand mit den gesetzlichen Kampfmitteln auszukommen. Das thun nicht nur wir, das thun alle Arbeiterparteien aller Länder, wo die Arbeiter ein gewisses Maß gesetzlicher Bewegungsfreiheit haben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil dabei am meisten für sie herauskommt. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Gegenpartei ebenfalls gesetzlich verfährt. Versucht man, sei es durch neue Ausnahmsgesetze, durch rechtswidrige Urtheile und Reichsgerichtspraxis, durch Polizeiwillkür oder durch sonstige ungesetzliche Uebergriffe der Exekutive, unsere Partei wieder thatsächlich außerhalb des gemeinen Rechts zu stellen, so treibt man die deutsche Sozialdemokratie abermals auf den ungesetzlichen Weg, als den einzigen, der ihr noch offen steht. Selbst bei der gesetzliebendsten Nation, den Engländern, ist die erste Bedingung der Gesetzlichkeit von Seiten des Volkes die, daß die andern Machtfaktoren ebenfalls in den Schranken des Gesetzes bleiben; geschieht das nicht, so ist nach englischer Rechtsanschauung Rebellion erste Bürgerpflicht.

Tritt dieser Fall ein, was dann? Wird die Partei Barrikaden bauen, an die Gewalt der Waffen appelliren? Diesen Gefallen wird sie ihren Gegnern sicher nicht thun. Davor bewahrt sie die Erkenntniß ihrer eigenen Machtstellung, die ihr jede allgemeine Reichstagswahl giebt. Zwanzig Prozent der abgegebenen Stimmen ist eine sehr respektable Zahl, aber das heißt auch, daß die vereinigten Gegner noch immer achtzig Prozent davon haben. Und wenn unsere Partei dabei sieht, daß sie ihre Stimmenzahl in den letzten drei Jahren verdoppelt hat, und daß sie bis zur nächsten Wahl auf ein noch stärkeres Wachsthum rechnen darf, so müßte sie verrückt sein, heute mit Zwanzig gegen Achtzig und gegen die Armee obendrein, einen Putsch zu versuchen, dessen sicherer Ausgang wäre — der Verlust aller seit fünfundzwanzig Jahren eroberten Machtpositen.

Die Partei hat ein viel besseres, gründlich erprobtes Mittel. An dem Tage, wo uns das gemeine Recht streitig gemacht wird, erscheint der „Sozialdemokrat" wieder. Die alte Maschinerie, in Reserve gehalten für diesen Fall, tritt wieder in Thätigkeit, verbessert, vermehrt, neu eingeölt. Und eins ist sicher: Zum zweiten Mal hält das Deutsche Reich das keine zwölf Jahre aus.

An die deutsche Sozialdemokratie

sind nachstehende Zuschriften und Telegramme eingelaufen:

Aus **Dänemark:**

„Deutsche Parteigenossen!

Die Sozialdemokratie in Dänemark sendet Euch ihren herzlichen Glückwunsch am Tage der Aufhebung des infamen Sozialistengesetzes. Die schändlichen Verfolgungen, die man gegen Euch ins Werk gesetzt hat, sind nur ein Zeichen der Machtlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft.

Eure ungeschwächte Energie ist ein Zeichen der Unüberwindlichkeit des Sozialismus. Innigsten Dank für Eure Opferwilligkeit im Kampfe für unsere große Sache. Gleichzeitig mit Eurem Sieg über das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie in Dänemark eine neue Bresche in die Mauer des Kapitalismus geschossen. Heute haben wir einen Wahlsieg errungen, durch welchen wir zwei Sozialdemokraten, P. Knudsen und C. C. Andersen, in den Senat Dänemarks eingesetzt. Dänemark hat jetzt fünf sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete, drei im Abgeordnetenhause (Folkething) und zwei im Senate (Landsthing).

Eine große sozialistische Versammlung in Kopenhagen hat ihre einmüthige Zustimmung zu dieser Depesche gegeben.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie für Dänemark.
Andersen. Christensen. A. Hansen. Chr. Hansen. Jens Hansen. Hermansen. Holm. Hurop. Hördum. Harald Jensen. J. Jensen. Klausen. Knudsen. Mardsen. Marott. Meyer. Mortensen. Petersen. Rasmussen. Sabrol. Winblad.

Vorstehende Adresse sollte als Telegramm an Liebknecht gesandt werden, die Berliner Telegraphenleitung verweigerte jedoch die Beförderung von nachstehendem Telegramm:

Telegramme nach Kopenhagen von Berlin: 30. September. Ihre Nummer 6983 an Liebknecht, „Berliner Volksblatt", wird auf Grund des Artikels 7 des internationalen Telegraphen-Vertrages nicht ausgehändigt.

* * *

Aus **Böhmen:** Prag, den 1. Oktober. Prags Sozialdemokratie sendet den freudigsten Gruß und Wunsch den deutschen Brüdern zum heutigen Siegesfeste über die Bismarck-Puttkamer'sche Despotie. Hoch die internationale Brüderschaft! (Folgen die Unterschriften.)

* * *

Aus **Holland:** Haag, 1. Oktober. Die holländische Partei bringt ein herzliches Hoch für die tapferen deutschen Kampfgenossen.

* * *

Aus Amerika. New-York, 1. Oktober. Die Genossen von New-York senden Euch zur Begräbnißfeier des Sozialistengesetzes ein tausendfaches Hoch.

Korrespondenzen.

Zürich, 29. Sept. Die vorige Woche in Bern zusammengetretene Bundesversammlung hat bisher sehr liberal gearbeitet. Zunächst wurde im Nationalrath beschlossen, daß eidgenössische Beamte, welche nach einer Dienstzeit von 15 Jahren nicht wieder gewählt oder entlassen werden, ein Rücktrittsgehalt von 25—30 pCt. des bezogenen Diensteinkommens nach dem letzten dreijährigen Durchschnitt und in nicht höherem Betrage als 2000 Fr., in Ausnahmefällen und bei mehr als 30 Dienstjahren 75 pCt. des Diensteinkommens aber nicht mehr als 3000 Fr. per Jahr oder in einer einmaligen Abfindungssumme im Betrage von höchstens dem doppelten Diensteinkommen bekommen sollen, wobei Besoldungen über 6000 Fr. nur bis zu dieser Grenze in Betracht kommen. — Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Eingelaufene Petitionen gegen die Heilsarmee, d. h. auf deren Unterdrückung durch gesetzgeberische Maßnahmen hinzuwirken, wurden zurückgewiesen.

Interessant ist die Haltung des Nationalrathes in der Frage des eidgenössischen Banknoten-Monopols. Vor einiger Zeit hat sich in Zürich ein Initiativ-Komitee gebildet, dem neben zwei Nationalräthen auch mehrere Sozialdemokraten, so Seidel, Lang angehören; dieses Komitee betrieb bisher die Unterschriften-Sammlung mit Eifer, und es dürfte wohl nicht mehr viel an den verfassungsmäßig vorgeschriebenen 50000 Unterschriften fehlen. Dieses Komitee und namentlich der Umstand, daß ihm auch Sozialdemokraten angehörten, paßte den alten Parteien nur schlecht, und wenn auch die Demokraten als alte Anhänger dieser Forderung nicht gut eine passive oder gar ablehnende Haltung dagegen beobachten konnten, so gelang es ihnen doch nur schwer, den Groll darüber zu verbergen, daß sie nicht nur nicht die erste Geige spielen konnten, sondern daß dem Komitee auch echte, keine Talmi-Sozialdemokraten, mit denen die demokratische Partei stets, namentlich bei solchen Anläßen und bei den Wahlen gerne paradirt, um die Arbeiter zu dupiren, angehörten. Trotzdem nun die Unterschriftensammlung im besten Zuge ist, stellte einer der Demokraten im Nationalrath die Motion, den Bundesrath einzuladen, baldmöglichst Bericht und Antrag zu hinterbringen über die Revision des Artikel 89 der Bundesverfassung in dem Sinne, daß dem Bunde das ausschließliche Recht der Notenemission zusteht und daß er dieses Recht einem zu schaffenden zentralen Bankinstitut übertragen kann.

Dieser Motion wurde denn auch zugestimmt, obwohl sie völlig gegenstandslos wird, sobald durch das Initiativkomitee die 50000 Unterschriften dem Bundesrathe übergeben und so die Revision des oben bezeichneten Verfassungsartikels im Sinne der Einführung des staatlichen Banknoten-Monopols gefordert wird. Aber jene Demokraten, die in der Herrschsucht mit den Liberalen und Ultramontanen wetteifern können, haben doch die Genugthuung, dem „sozialdemokratischen Initiativkomitee" ein Schnippchen geschlagen zu haben.

In der Bundesverfassung war bisher nur eine Totalrevision und keine Partialrevision vorgesehen. Das erwies sich im praktischen Leben als sehr unpraktisch und hinderlich resp. schwerfällig und darum forderten die Arbeiter und die Demokraten schon längst die Abänderung der Verfassung in dem Sinne, daß auch Partialrevision zuläßig sei und vom Volke verlangt werden könne. Vom Nationalrath wurde s. Z. damit eine Kommission beauftragt, die nun die Abänderung der Verfassung in dieser Richtung beantragte. Der betreffende Berichterstatter bemerkte u. a. in seinem Referate: „Das Recht der Initiative ist ein Ausfluß der Volkssouveränität, das zudem geeignet, gewissen Strömungen im Denken und Wünschen des Volkes Ausdruck zu geben; endlich ist es undemokratisch, daß der gesetzgebende Körper Befugnisse besitze, welche das Volk selber nicht habe."

Und Bundesrath Schenk bemerkte in seiner Rede: „Angesichts der großen Revolutionen, die sich vorbereiten, muß man dem Schweizer Volke freie Luft schaffen, ihm freie Bewegung geben, dann werden die kommenden Umwälzungen keine Gefahren bringen."

Die Revision (Artikel 121) wird dergestalt beschlossen, daß nach Eingang des Initiativbegehrens das Volk angefragt werden solle, ob es die Revision wolle oder nicht. Die Zahl der Unterschriften wird unverändert, 50000, belassen.

Eine Motion auf Einführung des proportionalen Wahlsystems wurde abgelehnt.

Im Anschlusse hieran sei bemerkt, daß die Regierung des Kantons Neuenburg in den letzten Tagen dem Großen Rath einen Gesetzentwurf vorlegte, nach welchem derselbe in Zukunft nach dem proportionalen Wahlsystem gewählt werden solle.

In Sachen der Nationalrathswahlen fand gestern im „Schwanen" dahier eine Versammlung statt, die eine sozialistische Parteiversammlung sein sollte, es aber augenscheinlich nicht war, sondern eine solche der demokratischen Partei —, um die Kandidaten für die Nationalrathswahlen zu nominiren. Es wurden als „Arbeiterkandidaten", nicht solche der Sozialdemokratie, dazu hatte man nicht den Muth und die Konsequenz, aufgestellt der Redakteur des „Grütlianer", Herr Vogelsanger und der Redakteur der „Züricher Post", Herr Curti.

In Oberstroß-Wipkingen war gestern eine Nachwahl in den Kantonsrath, bei welcher der Sozialdemokrat, Bezirksanwalt Lang, 986, der liberale Kandidat, Statthalter Meier 1062 Stimmen erhielt. Es ist ein zweiter Wahlgang nöthig.

Politische Uebersicht.

Die „Kölnische Zeitung" bringt als neueste „Enthüllung" daß der Kaiser für die Beibehaltung des Sozialistengesetzes, Fürst Bismarck aber „anderer Meinung" gewesen sei.

Die „Kölnische Zeitung", welche bekanntlich in dem verflossenen Reichskanzler noch heute den Chef des reaktionären Unternehmerthums verehrt, lügt im Interesse ihres Klienten und Patrons, der bekanntlich noch vor wenigen Wochen mit verbohrtestem Fanatismus für sein heißgeliebtes Sozialistengesetz eintrat. Diese neueste Lüge der Kölnerin ruft uns ins Gedächtniß zurück, daß die Kreaturen des Fürsten Bismarck gegen Schluß der letzten Session des vorigen Reichstags, als über das „ewige Sozialistengesetz" verhandelt ward, eifrigst die Mär kolportirt, Fürst Bismarck sei für, der Kaiser aber gegen die Abschaffung des Sozialistengesetzes. Dies wurde in der offenbaren Absicht verbreitet, den Kaiser unpopulär zu machen und den Einfluß des „treuen Vasallen" zu vergrößern.

Nur keine Illusionen. Zum Fall des Ausnahmegesetzes sagt das Leipziger Parteiorgan, der „Wähler":

Das Schandgesetz ist gefallen!

Wir nennen das Gesetz vom 21. Oktober 1878 so zunächst wegen seines Urhebers, eines Mannes, der mit noch nie dagewesener Menschenverachtung und Brutalität Deutschland ein Menschenalter hindurch tyrannisirt hat.

---

vom Hausboden geholt, und das sie nun am Flusse waschen wollten.

„Wenn er nur nicht gar so rabiat wäre," klagte die Mutter, „aber Alles bringt ihn so furchtbar auf."

„Und wir erwischen immer das Beste davon, nun ja, wir sind gleich bei der Hand," grollte Mili.

„Nun gieb acht, dem Rudi bleibt auch nichts erspart, wenn der morgen bei uns eintrifft."

„Ich wäre nicht gekommen," rief das junge Mädchen stolz und entschieden, „ich nicht!"

„Was hätte er denn thun sollen, der arme Kerl?" fragte die Mutter, indem sie die erhitzte Nase schneuzte.

„Jesus, was dieser Mensch in den vielen Jahren zusammenstudirt hat, und die schweren Prüfungen alle! Dann hat er ein Jahr supplirt, ohne Gehalt, und jetzt, wo er einmal angestellt werden sollte, kriegt den Posten ein Anderer."

„Er kann Lektionen geben."

„Im Sommer ist's aus damit. Die Familien verlassen Wien, was soll't er da anfangen?" Das junge Mädchen schwieg einen Augenblick, dann fuhr sie heftiger noch heraus: „Lieber hätt' ich in Wien die Straßen gekehrt, als daß ich dem Vater auf den Hals gekommen wäre."

„Pst!" machte die Mutter, „schrei das nicht so herum, der Huber ist drüben."

Das Mädchen, das die schwere Rückwand des Bettes mit Leichtigkeit vor sich hin getragen und damit abwärts, dem Flusse entgegen gegangen war, drehte sich mit einem Male um, und es schien, als wolle sie, schneller als sie gekommen, nach dem Hause zurückkehren.

„Was thust denn, Mili?" fragte die Mutter, welche die Seitenwände schleppte. „Wir wollen ja doch das Bett, das seit Jahren unbenutzt am Boden gestanden, erst reinigen, ehe wir's für den Rudi herrichten."

„Später, ich will's allein thun," sagte sie etwas verlegen, als aber die Mutter mit ihren Seitenwänden unverrückt stehen blieb, rief sie ärgerlich: „Er braucht's nicht zu sehen, wie wir die schwere Arbeit selbst verrichten. Wir sind doch Bürgersleut', und die da drüben glauben ohnedies ein Recht zu haben, sich uns gleich zu stellen."

Frau Brandhofer nickte, „ja, ja, es ist wahr, die armen Leute zeigen jetzt so wenig Respekt vor Unsereinem, und besonders seit es bekannt ist, daß wir so tief in Schulden stecken. Und die Reichen schauen uns seitdem ganz über die Achsel an, die Mühlenbesitzerin zum Beispiel —"

„Laß gut sein, Mutter", rief das Mädchen mit aufflammenden Wangen, „sobald nur der Rudi erst Professor geworden ist, dann werden wir uns auch auf die Gnädigen spielen."

Sie hatte ihr Bettheil an das Stacket gelehnt, daß den Hof vom Garten trennte, und die Mutter that das Gleiche.

Mili schob hierauf ihren Arm in den der Mutter und flüsterte: „Jetzt gehen wir doch hinunter und setzen uns ein wenig auf die Bank am Wasser. Herr Huber soll nicht glauben, daß wir uns vor ihm geflüchtet hätten."

Langsam schlenderten sie unter den großen Nußbäumen dahin, dem Wasser entgegen.

Am andern Ufer stand eine Gruppe von Häuschen. Paul Huber bewohnte das eine derselben in Gemeinschaft mit der Familie seines Schwagers. Ein weiter Rasenplatz breitete sich vor demselben aus, der von spielenden Kindern belebt war. Seitwärts, und bis ans Wasser reichend, befand sich ein kleines von einer natürlichen Hecke umfriedetes Gärtchen, in dem hohe Sonnenblumen, blauer Rittersporn und rothe Geranien blühten. Paul war nach dem Tode seiner Frau mit seinem Söhnchen hierher gezogen, da seine Schwester Therese versprochen hatte, Mutterstelle an dem kleinen Wurm zu vertreten. Sie hatte damit zu ihren eigenen fünf Kindern noch ein sechstes bekommen. Ihr Mann war Spinner und verdiente, als einer der bestgestellten Arbeiter, acht Gulden die Woche. Die Summe wollte aber für den Unterhalt einer so großen Familie nicht ausreichen, und so war es als ein Glücksfall anzusehen, daß der Bruder zum gemeinschaftlichen Haushalt sich herbeigelassen. Sie wachte jetzt nur sorgsam darüber, daß sie dieser Wohlthat nicht wieder verlustig ging und bekämpfte daher die Absicht des Bruders, ein Mädchen zur Ueberwachung des Kleinen ins Haus zu nehmen, mit aller Entschiedenheit. Therese war ein resolutes Weib, tüchtig und verständig, soweit sich dies mit gänzlicher Unbildung verträgt. Sie mußte hübsch gewesen sein, jetzt waren in dem verwitterten, von Sorgen gefurchten Gesicht nur mehr Spuren davon übrig, obwohl sie erst 35 Jahre zählte. Ihre Ausdrucksweise war eine herrische und ungeschlachte und ein durch das Elend großgezogener Egoismus verdrängte alle anderen Empfindungen.

Sie hantirte in der Küche, trat aber häufig an die Thür, öffnete Thür derselben, um ihrem Töchterchen eine Zurechtweisung zuzuschreien. Die achtjährige Pepi, die Wärterin des Kleinsten, hatte ihn in den Schlaf zu singen. Sie hob das schwere Kind am Arme, auf und nieder und plärrte bereits außer Athem gebracht, unermüdlich einige Takte einer Melodie herunter. Aber das Kind schreckte alle Augenblicke aufs Neue auf und begann zu schreien, worauf die Kleine in nervöser Zusammenfassung all' ihrer Kräfte, noch lauter zu plärren und, die ihr schier entsinkende Last an sich pressend, noch heftiger herumzuspringen begann. Hier und da warf sie einen sehnsüchtigen Blick nach den Jungen, die in ungebundener Lust sich am Ufer und im Wasser tummelten und deren fröhliches Lärmen die Luft erfüllte. Der Vater saß auf der Bank vor dem Hause, unbekümmert um die Vorgänge um sich herum. Er hatte seine Jacke ausgezogen und die weiche warme Sommerluft trocknete ihm das vom Schweiße feuchte Hemd, das er am Leibe trug. Eine Zeitung, in welcher Paul gelesen, lag neben ihm, er beachtete sie nicht, er schien in völlige Apathie versunken und glotzte mit leeren, gedankenlosen Augen vor sich hin.

Abgerackert und übermüdet, befand er sich in jenem Stadium, wo kein Reiz und kein Wille mehr für irgend eine Kraftäußerung vorhanden ist.

Paul hatte sein zweijähriges Söhnchen am Arm und ging mit ihm am Ufer auf und nieder, dem lustigen Treiben der Knaben zusehend, das den Kleinen aufs Lebhafteste zu interessiren schien.

Er wäre auch schon gerne dabei gewesen und verfolgte jedes Manöver dieser im Wasser watenden Jungen, von denen einige die Höschen hoch hinaufgenommen, während sich andere sich ihrer ganz entledigt, mit Aufmerksamkeit. Die Ersteren hielten sich anfänglich nur im Seichten, wurden aber durch die Spitzbübereien der Anderen verlo

Wir nennen dieses Gesetz ferner so, weil es von der nationalliberalen Partei, der elendesten und knechtseligsten von allen, sofort akzeptirt wurde.

Wir nennen dieses Gesetz weiter so, wegen seiner verheerenden Wirkungen, wegen der Opfer an Menschenleben und Menschenglück, die es in verfassungswidriger Weise dem um sein Recht kämpfenden Proletariat aufgebürdet hat.

„Verbrecherische Thorheit" zu bekämpfen, wie der Urheber des Sozialistengesetzes vorgab, ward dasselbe geschaffen — in Wahrheit war es selbst eine der größten verbrecherischen Thorheiten, welche die Geschichte aufzuweisen hat. Die organisch fortschreitende Entwicklung des Deutschen Reiches ist durch diese verbrecherische Thorheit auf Jahrzehnte hinaus verkümmert und geschädigt worden.

Aber endlich ist es gefallen, dieses Schandgesetz, dessen Erbärmlichkeit zur Genüge jetzt bei seinem Fall des weiteren noch bewiesen wird durch die Qualität der Leute, welche seinen Fall beklagen. . . .

Von heute ab leben wir Sozialdemokraten also, wie es heißt, wieder unter den Wohlthaten des gemeinen Rechts! Der Partei als Ganzem und ihrem Wachsthum hat die zwölfjährige Brutalität dieses Gesetzes nicht den geringsten Eintrag gethan; mächtiger denn je steht sie da! — Aber unser allgemeines öffentliches Leben ist durch das Schandgesetz bis auf das tiefste Mark vergiftet worden.

Darum ist mit der einfachen Aufhebung desselben noch lange nicht einmal der status quo ante, der vorherige Stand der Dinge, wieder hergestellt! Zwölf Jahre fortwährenden Rechtsbruches, fortwährender Rechtlosigkeit eines so gewaltig großen Theiles der Bevölkerung eines Landes gehen nicht spurlos an dem Gesammtstaat und seinen Einrichtungen vorüber.

Die Erkenntniß dessen, was dem Gesammtvolke noth thut, die Einsicht in die nothwendig kommende Entwickelung unseres Wirthschaftslebens zum Sozialismus hin, ist für weite Kreise des Volkes gehemmt und aufgehalten worden durch die Vervehmung der Sozialdemokratie, welche die kommende Gesellschaftsform vorbereiten, den Uebergang zu ihr erleichtern wollte und noch will. . . .

Die tiefsten Wunden aber weist unser Rechtsleben auf. Selbst eine für nur kurze Dauer geltende Ausnahmegesetzgebung verfälscht und verdirbt die Rechtsbegriffe des Volkes und ebenso sehr der Vertreter des Rechts, d. i. aller der Personen, die berufsmäßig mit Recht und Gesetz zu thun haben, um wie viel mehr ein Ausnahmegesetz, das zwölf lange Jahre in Kraft stand! . . .

Und diese Begriffsverwüstung und -Verwirrung ist mit dem Fall des Ausnahmegesetzes noch keineswegs beseitigt; daran werden wir noch lange zu kauen haben!

Das allgemeine Rechtsgefühl ist ebenso abgestumpft, wie die öffentliche Rechtssicherheit und das Vertrauen auf dieselbe erschüttert ist.

Vom 21. Oktober 1878 bis zum Chemnitzer Sozialistenprozeß und zum Freiberger Urtheil, bis zum Elberfelder Prozeß und von da bis zum Fall des Sozialistengesetzes führt ein Weg voll Dornen und Steinen; — daß unser Volk solch eine Straße geführt worden ist durch den Zwang des Sozialistengesetzes, ist aber namentlich auch für unser politisches Leben als eine verhängnißvolle Schädigung zu betrachten. Die persönliche Freiheit der harmlosesten Staatsbürger ist fortwährenden Vergewaltigungen ausgesetzt gewesen zwölf Jahre lang. Man gab vor, die „Ausschreitungen der Sozialdemokraten" zu treffen — aber die allgemeine politische Freiheit war es, welche darunter gelitten hat!

Der Polizei, die in ganz unverhältnißmäßigen Umfang Regierungsinstrument ward, fiel durch das Gesetz eine Machtvollkommenheit zu, wie sie nur in sinkenden Staatswesen gerade dieser Behörde eignen. Die Eingriffe der Organe derselben, von denen wir Zeugen — und Opfer — gewesen sind, zählen nicht nach hunderten, sondern nach tausenden und abertausenden! . . .

Die gewohnheitsmäßig 12 Jahre lang ausgeübte Machtvollkommenheit, welche oft genug ungeeignete, zu solchen Zwecken mangelhaft vorgebildete und recht ungeschickte Organe zu handhaben berufen waren, wird von jener Seite nicht sogleich wieder fahren gelassen. Ebenso wie die Gesundung unserer Rechtszustände wird die Zurückweisung der Polizei in ihre verfassungsmäßigen Schranken noch längere Zeit in Anspruch nehmen!

Und — geben wir uns nur ja keinen Illusionen hin! — wieder werden wir Sozialdemokraten in erster Linie den Kampf für die faktische Rückkehr zum allgemeinen Recht und zu dessen strengerer Wahrung ausfechten müssen!

Die Hauptlast des Kampfes für allgemeine Staatsbürgerfreiheit und für die Wahrung der Staatsbürgerrechte wird auch fernerhin auf unseren Schultern ruhen!

Und wir werden sie auf uns nehmen, stolz und muthig, wie von jeher, so auch fortan! Aber klar müssen wir uns darüber sein, daß der Kampf um die Rückkehr zum gemeinen Recht jetzt erst begonnen hat!

Auch die übrigen Parteien werden nicht aufhören, uns bis aufs Messer zu bekämpfen, obgleich wir für sie mit zum Theil die Rechte der Staatsbürger weiter wie bisher vertheidigen werden. Sehnen sie sich doch schon hier und da nach dem gefallenen Gewaltmenschen und nach seinem ureigensten Werke, dem Ausnahmegesetz, zurück!

Darum: nur keine Illusionen!!

Glücklicherweise ist auch Niemand Illusionen weniger zugängig als die Sozialdemokratie, und diese Thatsache festzustellen hielten wir gerade am 1. Oktober — als am ersten Tage ohne Ausnahmegesetz — für angezeigt.

Das Spionenfieber grassirt jetzt in Deutschland mit einer wahrhaft beunruhigenden Heftigkeit. Kein Tag, ohne daß irgend ein unschuldiger Reisender als Spion verhaftet wird. Neulich waren es ein paar Engländer, vorgestern ein Holländer, gestern zwei dänische Gelehrte — der vielen Deutschen nicht zu gedenken. — Die gefährlichsten Stellen scheinen in der Gegend von Mainz und Köln zu sein. In Mainz ist es so arg, daß die Stadtverordneten dem Militärkommando Vorstellungen machten — jedoch erfolglos. Wenn das so fortgeht, wird Deutschland bald als „wildes Land" von zivilisirten Reisenden ebenso gemieden werden, wie die wildesten Regionen von Afrika. Uns kann es beiläufig nur Recht sein, daß der Militarismus auch nach dieser Richtung hin seine Gemeinschädlichkeit und Naturfeindlichkeit vor aller Welt zur Schau stellt.

Der Leipziger Millionendieb Winkelmann wird nicht ausgeliefert — er ist im Gegentheil von den argentinischen Behörden wieder aus der Haft entlassen worden. Wie war das möglich? Die Antwort findet sich im „Leipziger Tageblatt", welches den Beschluß der argentinischen Behörden abdruckt. 'Es heißt da ausdrücklich, die Auslieferung könne deshalb nicht erfolgen, weil das deutsche Konsulat inkorrekt verfahren sei und das Auslieferungsgesuch unrichtig begründet habe. Es ist das sehr merkwürdig — ein Konsul sollte doch wahrhaftig die für sein Amt nöthige Gesetzeskenntniß haben. Jedenfalls hat Herr Winkelmann sehr einflußreiche Freunde; und jedenfalls ist einen Leipziger Genossen, die seit der Verhaftung des ordnungsparteilichen Millionendiebes keine Nacht ruhig geschlafen haben, ein Zentnerstein vom Herzen genommen. Vielleicht findet sich Gelegenheit, die Sache im Reichstag vorzubringen — die Konsuln stehen ja im Dienste des Reichs und kommen im Etat vor.

Die Arbeiterschutz-Kommission tritt bekanntlich am 4. November, das Plenum des Reichstags erst am 18. November wieder zusammen. In einigen Zeitungen wird nun ausgesprengt, es bestehe in der Kommission die Absicht, die Berathungen so zu beschleunigen, daß dem Reichstag bei seinem Zusammentritt schon der fertige Bericht vorgelegt werden könne. Das ist aber einfach unmöglich. Die Kommission hat erst den kleinsten Theil ihrer Arbeit verrichtet und die Berathungen müßten in rücksichtslosester Weise über's Knie gebrochen werden, wenn sie binnen 14 Tagen zum Schluß gelangen sollten. Ein über's Knie brechen, das gewissen Leuten allerdings sehr angenehm wäre, wird aber von den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht geduldet werden.

Sonderbare Schwärmer. Unter der Aufschrift: „Das deutsche Volkslied ein Aschenbrödel, richtet die „Berliner Morgenzeitung" einen „Appell an Schulbehörden und Gesangvereine", in welchem „der Niedergang des deutschen Volksliedes" bitterlich beklagt wird. Es heißt da:

> „Wo singt denn der Einzelne frisch und lebendig aus dem Innern heraus, so unvermittelt, so ganz, wie es das Herz eingiebt? Wo begleitet der Gesang die Arbeit? Wo verkürzt er die Mußestunden? Wo erschallen fröhliche Stimmen nach dem Feierabend? Gewiß geschieht es noch hier und da, aber man findet es selten, viel seltener wenigstens als zu der Zeit, da Wandervursche die Straße zogen, da das junge Volk sich in den Spinnstuben versammelte und die Buben und Mädchen von der Großmutter alte Weisen lernten. Unser Volk ist liederarm geworden, diese Thatsache tritt offen und klar zu Tage und fällt ganz besonders in solchen Gegenden auf, in welchen während des Sommers polnische Frauen und Mädchen beschäftigt werden. Die Polinnen singen, wenn sie zum Felde hinausziehen, sie singen auf dem Heimwege, sie singen in ihrer Kaserne. Hört man da im Freien fröhlichen Gesang, so kann man mit der größten Sicherheit behaupten, daß es ein polnischer ist, denn der deutsche Arbeiter, männlichen wie weiblichen Geschlechts, geht meist grübelnd seines Weges und verrichtet seine Beschäftigung gewöhnlich ohne Sang und Klang. Und nicht nur bei dem Arbeiter, in den weitesten Kreisen des Volkes, bei den Jungen und den Alten dieselbe Gesanglosigkeit! Und doch besitzt unser Volk einen herrlichen Schatz an Liedern. Aber das Volkslied will gepflegt werden, in Schulen und Vereinen. Doch wie sieht es damit aus? In den Schulen übt man den geistlichen und den Kunstgesang, drei- und vierstimmig. Und das vielstimmige Lied ist kein Volkslied mehr. Aber dabei geht die Schule noch weiter: Mit den Volksliedern vielstimmigen Satzes begnügt sie sich nicht; da müssen zur Freude des geistlichen Schulinspektors auch die Kirchenlieder drei- und vierstimmig gesungen werden, und an dem Examentage läßt der Gesanglehrer zur größeren Feier des Tages oder aus irgend welchen anderen Gründen einen komponirten Psalm vortragen oder wohl gar eine Motette, mit deren Einübung die Kinder natürlich wochen- und monatelang gequält worden sind. Was es also mit der Schule als Pflanzstätte des Volksliedes auf sich hat, ist nicht schwer zu erkennen, und ähnlich verhält es sich mit Gesangvereinen, gleichviel ob in Dorf oder Stadt. „Der Werth des Volksliedes" für das soziale Leben wird lange nicht gewürdigt. Wie viel Mißmuth könnte es verscheuchen, wie viel Sorgen vertreiben! Wie könnte es Zufriedenheit verbreiten, die Herzen von Arm und Reich, von Hoch und Niedrig einander nähern, um alle Kinder eines Vaterlandes ein gemeinsames Band schwingen und damit einen, wenn auch minimalen Beitrag zum sozialen Frieden liefern. Daß es geschehe, liegt ganz allein in der Hand der Schulbehörden und der Herren, welche Gesangvereine leiten, und es wäre so sehr leicht zu erreichen. Nur eines Federzuges bedarf es und eines Wortes!"

Das ist gewiß recht wohl gemeint und wir sind sicherlich so warmherzige Freunde des Volksliedes, wie die Verfasser des „Aufrufs" es nur sein können. Allein die Herren scheinen einen langen, langen Schlaf à la Rip von Winkle gethan und nicht bemerkt zu haben, daß Deutschland ein industrielles Land geworden ist. Und der Moloch-Gott des modernen Industrialismus ist ein sehr unmusikalischer, liederfeindlicher Gott. Er liebt nur das Knarren der Eisenräder, das Pfeifen und Zischen des Dampfes; jeder Arbeiter aber, der sich unterstehen wollte, in seinem — des Molochs — Bereich ein „Volkslied", und wäre es das schönste, zu singen, würde unnachsichtlich mit einer Geldstrafe belegt und im Wiederholungsfalle auf das Pflaster geworfen werden. Da läßt der Arbeiter das Singen sein.

Die Engländer waren in früheren Zeiten eines der sangreichsten, liederfrohesten Völker — das merry old England — das lustige alte England — war sprichwörtlich; doch es ist vom Industrialismus weggefegt und durch ein freud- und sangloses England ersetzt worden, das die Welt mit Waaren versieht und seine Arbeiter zu stummen Anhängseln seiner Maschinen gemacht hat.

Und derselbe Entwicklungsprozeß vollzieht sich jetzt in Deutschland, das freilich erst ein paar Menschenalter später als England in die Aera des Industrialismus eingetreten ist.

Wenn die naiven Verfasser des Aufrufs sich einbilden, durch das Volkslied könne ein Stückchen sozialer Frage gelöst werden, so stellen sie die Dinge direkt auf den Kopf: erst muß die soziale Frage gelöst sein, ehe das Volkslied, wie überhaupt die Kunst, den gebührenden Platz im Leben der Nation mit einnehmen können.

Ein Fall von Spionenriecherei, (s. oben den Artikel: Das Spionenfieber. Red.) wird in der „Stralf. Ztg." von der Insel Rügen berichtet. Zwei dänische Reisende, die auch in deutschen Gelehrtenkreisen bekannten Architekt Professor Löffler und der Archäologe Dr. Henry Petersen, Inspektor der Denkmäler in Dänemark, aus Kopenhagen, machten am Donnerstag, den 18. September, auf Arkona Messungen und Aufnahmen von dem alten Burgwall. Der auf dem Leuchtthurm amtirende erste Wärter holte nun einige zufällig auf Arkona anwesende deutsche Marinesoldaten herbei, welche die Verhaftung der Fremden vornahmen und dieselben dem Ortsvorsteher von Putgarten übergaben. Dieser erklärte, daß, da die Fremden militärisch verhaftet seien, er in der Sache nichts machen könne. Die Gefangenen müßten dem Amtsvorsteher in Altenkirchen zugeführt werden. Als diesem die beiden in französischer Sprache ausgefertigten Pässe der Fremden vorgelegt wurden, erklärte er, so viel französisch nicht zu verstehen, er müsse die Sache dem Landrathsamte melden. Die Fremden sprachen den Wunsch aus, sich sofort nach Bergen zu begeben. Dagegen sprach sich aber der inzwischen herbeigerufene Herr Gendarm (!) aus; die Fremden müßten nach Arkona zurück und dort die weitere Entscheidung abwarten. So wurde denn also in diesem Sinne dekretirt. Die Pässe wurden vom Amtsvorsteher an das Landrathsamt gesandt; ebenfalls an dasselbe ging ein Schreiben der beiden mit Arrest Belegten; die Einsendung dieses letzteren Briefes zusammen mit dem Berichte des Amtsvorstehers hatte der Gendarm (!) für unzulässig und ungesetzlich erklärt. Und nachdem dies geschehen, blieb den beiden Fremden nichts übrig, als sich der amtlichen Gewalt zu fügen und sich nach Arkona zurückzubegeben. Hier wurden die Fremden drei Tage lang festgehalten, bis endlich die Entscheidung vom Landrathsamte eintraf. — Da rede noch einer von der Spionenfurcht der Franzosen!

Gegen die Sachsengänger scheint allerlei beabsichtigt zu werden. Gegenwärtig finden Erhebungen über die Auswanderung ländlicher Arbeiter und Arbeiterinnen nach Niederschlesien, Sachsen und anderen Gebieten statt. Es handelt sich dabei, dem Vernehmen nach, darum, festzustellen, wie viel Auswanderer widerrechtlich das Dienstverhältniß gelöst haben und wie viel nach beendeter Arbeit außerhalb ihres Heimathsbezirks wieder in den letzteren zurückgekehrt sind. — Die „Sachsengängerei" ist eine soziale Erscheinung. Sie hat ihren Grund in den erbärmlichen Löhnen, welche die oberschlesischen Großgrundbesitzer den Landarbeitern zahlen. Mit gesetzlichen Strafbestimmungen oder mit Polizeimandaten wird gar nichts dagegen ausgerichtet werden.

Auch eine Erinnerung, und zwar eine recht erfreuliche aus den Tagen der großen Sozialistenhatz im Jahre 1878 giebt das „Hamb. Echo" jetzt wieder. Es schreibt: „Als im Sommer 1878, kurz vor den Neuwahlen zum Reichstage, das patriotische Delirium am tollsten wüthete, geschah es auch hier in unserer Republik Hamburg, daß aus den Kreisen der „gebildeten" Gesellschaft eine Anzahl sogenannter „Männer" zusammen traten, um dem „großen" Staatsmann ein Freiwilligenkorps zur Unterstützung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu stellen. Die Herren Anstifter verstanden sich auf den Rummel; sie arbeiteten die Liste der nach ihrer Ansicht „Tauglichen" in der Weise aus, daß sie einfach über die Namen der betreffenden Personen willkürlich verfügten. Dieselben sollten dann wohl oder übel den „moralischen Zwange" Folge leisten müssen. Die Anstifter meinten, es werde wohl so leicht keiner der „moralisch" mit Beschlag Belegten den moralischen Muth haben, die ihm zugedachte Ehre zurückzuweisen. Aber es gab doch wenigstens einen Mann, einen wirklichen Mann, der diesen Muth offenbarte. Und das war Landgerichtsdirektor Dr. Föhring. Derselbe erließ im „Hamb. Correspondent" folgende Erklärung: „Aus dem „Hamb. Corr." ersehe ich, daß gestern Nachmittag in der Börse eine Versammlung betreffs der bestehenden Reichstags-Wahlen stattgefunden hat, deren Zwecke wesentlich dahin gehen, die Regierung des Deutschen Reiches in allen für den neuen Reichstag vorzuschlagenden Maßregeln gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen und daß auf „Grund eines aus der Versammlung gemachten Vorschlages ein Komitee ernannt ist, in welchem auch mein Name vorkommt". Diese gewaltsame Verfügung über meine Person muß mich aus verschiedenen Gründen Wunder nehmen. Am 12. Juni stellte sich zu mehreren Malen ein Herr im Strafgericht ein, der mich sprechen wollte und der mich auch 2¼ Uhr, als ich im Begriff war, fortzugehen, traf. Es war, wie er sich selbst nannte, der hiesige Kaufmann Herr Julius Schultze. Derselbe hatte mir einige Tage vorher anonym ein Exemplar der „Nordd. Allg. Ztg." zugeschickt, in welcher er einen politischen Artikel geschrieben hatte; die Zusendung war wahrscheinlich erfolgt, um mich politisch zu belehren. An diese Zusendung und den Inhalt des staatenrettenden Schriftstückes anknüpfend, machte mir nun Herr J. Schultze Mittheilung von der auf den nächsten Tag beabsichtigten Versammlung „zur Unterstützung der Regierung" und erklärte mir, daß namhafte Persönlichkeiten auf meinen Beitritt rechneten. Ich erwiderte ihm, daß sich Ausnahmegesetze, wie die jetzt beabsichtigten, und Strafparagraphen, wie die 1876 vorgeschlagenen, weder mit meiner rechtlichen Ueberzeugung vertrügen, noch daß ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrung in der Polizei- und in der Strafjustiz Nutzen und Erfolg von denselben erwartete, daß also der Standpunkt seiner Mandanten nicht der meinige sei, und daß ich mich für die Zwecke, die man mit meiner Hilfe verfolgen wolle, nicht qualifizire." —

Ob dieses mannhaften Auftretens eines hohen Justizbeamten herrschte natürlich in den Kreisen der sogenannten „Gutgesinnten" eine gar gewaltige „sittliche Entrüstung", um so mehr, als an anderen Orten sich Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte nur zu leicht bereit finden ließen, an der „patriotischen" Hetze gegen die Sozialdemokratie theilzunehmen, was nicht wenig dazu beitrug, daß die Justiz den Charakter der Parteijustiz annahm. Denn von Beamten, die eine „Ehre" und die Erfüllung einer „patriotischen Pflicht" darin sehen, öffentlich und außerhalb der Grenzen ihres Amts bei der „Hatz auf die Wildsauen der menschlichen Gesellschaft" sich hervorzuthun, ließ sich unparteiische Rechtspflege gegenüber der Sozialdemokratie nicht erwarten.

Um so anerkennenswerther war das mannhafte Auftreten des Herrn Dr. Föhring gegen die ihm zugedachte Rolle. Heute erlebt er durch den Fall des Ausnahmegesetzes eine Rechtfertigung, die ihn wohl reichlich entschädigen mag für die Unbill, welche die „sittliche Entrüstung" ob seiner Erklärung damals an ihn verübte."

Herford, 1. Oktober. Eine zahlreich besuchte sozialdemokratische Parteiversammlung wählte heute einstimmig Herrn Josef Zwiener in Bielefeld zum Delegirten des Reichstags-Wahlkreises Herford—Halle für den Parteitag.

Großbritannien.

London, 1. Oktober. Nach einer Depesche aus Glasgow ist wenig Hoffnung vorhanden für eine Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Besitzern der Eisenwerke Schottlands und den Arbeitern der Hochöfen. Gutem Vernehmen nach

---

immer weiter zu gehen, bis ihnen die rasch dahinfluthenden Wellen die Hüften umspülten, sie umzureißen drohten, und auch wirklich den Einen oder Anderen mit fortrissen. Aber die gewandten Kerle puddelten sich unter dem Gelächter der Uebrigen alsbald wieder heraus.

Jetzt überschritt Frau Therese die Schwelle, sie bedeutete ihrer Tochter, mit dem Kinde hineinzugehen, und näherte sich hierauf dem Bruder, mit der bestimmten Absicht, den kleinen Franzel in Empfang zu nehmen. Dieser wollte aber davon nichts wissen. Er schlang die kleinen Aermchen um den Hals des Vaters, schmiegte sich fest und innig an ihn an, und rief in seinem Kinderjargon: „Nein, nein, Nanzi nicht 'lafen, Nanzi da 'leiben!"

„Du mußt schlafen gehen," entschied Tante Theres.

„Laß ihn noch ein Weilchen," bat Paul. „Er ist so gar vergnügt."

„Dabei kommt er aus dem Schlaf, dann magst Du selbst mit ihm herumspielen, ich habe keine Zeit dazu," versetzte sie unwirsch.

„Nun, ich will das schon besorgen," sagte Paul lächelnd, indem er seinem Söhnchen das Flachshaar streichelte und ihm voll väterlicher Zärtlichkeit in die Augen sah. „Wir Zwei werden schon miteinander fertig werden, gelt?"

Der Kleine begriff vollkommen, daß er gesiegt hatte, er schlug entzückt die Händchen zusammen: „Papa gut — h — is, Nanzi ihn lieb haben." Dann machte er eine abwehrende Bewegung mit der Linken.

„Tante Hesi ortgehen — fort!"

„Hast Du h wirklich lieb, Nanzi," fragte ihn sein Papa, als könne er das herzige Geständniß nicht oft genug hören.

Nanzi hob beide Aermchen empor, so hoch sie nur reichen wollten: „So h—oß Papa lieb haben."

„Dann giebt mir auch der Nanzi einen Kuß."

Er hielt den Knaben in gleicher Höhe mit seinem Gesicht, und der Kleine legte beide Händchen an die gebräunten Wangen des Vaters und küßte ihn voll Zärtlichkeit auf die Nasenspitze. (Fortsetzung folgt).

sollen fast alle Hochöfen in Schottland bis zum Sonnabend ausgelöscht werden.

Aus London kommt eine Nachricht, welche unsere, für die „Ordnung“ nach altem Styl schwärmende Presse ganz aus dem Häuschen bringt; hören wir sie selbst jammern:

„Die soziale Revolution klopft immer ungestümer an das Thor des Staatsgebäudes. Der autoritätsfeindliche, gewaltthätige Trades-Unionismus hat bereits frei und offen seinen Einzug in die Organisation der Londoner Polizei gehalten. Am Mittwoch fand unter Vorsitz des berüchtigten Hydepark-Agitators Chapman eine Versammlung von etwa 50 aktiven (!) Polizeibeamten statt, welche 16 Polizeidivisionen der Metropole vertraten, und nahm einen von zwei ehemaligen Kameraden, welche zu den wegen Betheiligung an der neulichen Meuterei Entlassenen gehörten, gestellten Antrag auf Bildung einer Vereinigung unter dem Titel „Nationale Schutz- und Hilfsgenossenschaft für Polizei- und Staatsbeamte“ an. Chapman wurde zum Sekretär der neuen Trade-Union gewählt und ferner beschlossen, daß die Wirksamkeit derselben im Geheimen stattzufinden habe. Eines Kommentars bedarf letzterer Beschluß wohl nicht. Wenn erst die in erster Linie zum Schutz der ruhigen Staatsbürger berufenen Polizeibeamten in aller Form zu den Sozialrevolutionären übergehen, Vereine mit umstürzender Tendenz und geheimer Wirksamkeit gründen, da thut sich eine erbauliche Perspektive auf. Es scheint, daß die in England verhältnißmäßig junge revolutionäre Bewegung durch verzehnfachten Eifer das bisher Versäumte nachholen will und wenn sie noch ein Weilchen so fortmacht, könnte es allerdings dahin kommen, daß England binnen absehbarer Zeit an die Spitze der sozialen Revolution marschirt! Und das ist das freisinnige Musterland!“

Ja wirklich, das ist zum Verzweifeln, wenn die Hüter der Ruhe und Ordnung sich zum Schutze und zur Wahrung ihrer Interessen gegen ihre Brotgeber, die herrschende Klasse, verbinden und sich nicht mehr wie willenlose Maschinen behandeln lassen wollen, die bei ihrem lebensgefährlichen Beruf für geringen Lohn oftmals auf Kosten ihrer Gesundheit, die Kastanien für Diejenigen aus dem Feuer holen müssen, welche ihr gerüttelt Maß voll Schuld an dem großstädtischen Elend mit tragen.

Frankreich.

Paris, 30. September. Die erbaulichsten Geschichtchen von der Welt erzählt heute der „Matin“ über die Camelots und ihre Rolle bei den boulangistischen Wahlen. Zuerst wurde ein Range interviewet, welcher als Pariser Gamin (Gassenbube), wie es scheint, Unglaubliches leistete und überall den Kommandostab führte, wo viel Lärm und Aufsehen gemacht werden mußte. Der „kleine Paulus“ bekam als Führer der „Camelots“ jedesmal zwanzig Franken, die gewöhnlichen Schreier zwei und die Unteroffiziere in dem Brüllerheere vier Franken. Wenn es aber Hiebe absetzen konnte, so wurde der Lohn erhöht. Der Kleine war Boulanger von Mermeix vorgestellt worden und der General hatte ihn zärtlich umarmt. Von jenem Augenblicke an spielte der „petit Paulus“ das „Kind des Grubenarbeiters“, das heißt, er schwang sich mitten in dem Gewühle auf den Kutschenschlag und der General ließ die Pferde halten, um sein Begehr zu hören. Der Pariser Camelot erzählte beweglich von dem Elende seiner Eltern, wackerer Grubenarbeiter, und der General küßte ihn unter rauschendem Zurufe, nachdem er den guten Eltern tröstliche Verheißungen gespendet hatte. „Viele Zuschauer fielen d'rauf rein“, versicherte der kleine Mann, „und sie flennten aufrichtig“.

Italien.

Mailand, 30. September. Das sozialdemokratische Parteikomitee zu Ravenna hat soeben an alle sozialistischen Gruppen Italiens einen Aufruf versandt, in welchem diese zur Beschickung des ersten sozialdemokratischen Kongresses der italienischen Arbeiter eingeladen werden. Derselbe soll am 19. Oktober zu Ravenna zusammen treten und ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeitervereinigungen bei den demnächstigen Kammerwahlen vereinbaren. Die erste Anregung zu diesem Kongreß hatte der im Exil lebende Abgeordnete für Ravenna, Andreas Costa, gegeben. Welche Bedeutung der Parteitag gewinnen wird, ist jedoch bei den augenblicklichen zerfahrenden Verhältnissen der italienischen Arbeiterbewegung nicht voraus zu sagen; jedenfalls aber werden die Verhandlungen und etwaigen Beschlüsse des Kongresses einen Gradmesser für die Leistungsfähigkeit des Sozialismus in Italien abgeben.

Spanien.

Madrid, 1. Oktober. Das Auftreten der Cholera in Gelves bei Sevilla ist heute amtlich konstatirt worden.

Rußland.

Petersburg, 29. September. Mit der Arbeiterbewegung im russischen Reiche ist es eine eigene Sache; das erfuhren dieser Tage die Hafenarbeiter in Reval, welche von englischen Schiffsrhedern für die mühevolle Arbeit des Salztragens eine Erhöhung ihres Tagelohns auf fünf Rubel durch eine Arbeitseinstellung erlangen wollten. Die Arbeiter ernannten eine Kommission von drei Personen, welche am Sonnabend Abend den Rhedern mittheilten, daß ihre Kollegen von Montag an die genannte Erhöhung ihres Lohnes erwarteten. Als jedoch die Arbeiter am Montag früh auf der Arbeitsstelle erschienen, wurde ihnen rundweg erklärt, daß die Herren ihrer Dienste nicht mehr benöthigten, und eine halbe Stunde später erschienen 25 Soldaten, welche das Salzladen übernahmen. Die Arbeiter aber gaben ihre Sache noch nicht verloren, sondern suchten die Soldaten zu überreden, ebenfalls fünf Rubel für den Tag zu fordern. Hierauf gingen sie zwar nicht ein, aber schließlich forderten sie drei Rubel. Als deshalb am Dienstag Morgen die Soldaten wieder kamen, wurden sie von den Rhedern auch abgewiesen, die inzwischen noch billigere Arbeitskräfte erhalten hatten, die denn auch kurz darauf in einer Abtheilung von Gefangenen in Begleitung ihrer Aufseher erschienen. Diesen brauchen die Rheder, abgesehen von den Trinkgeldern für die Gefängnißdirektoren, nur einen Rubel pro Tag zu bezahlen. Dieses leuchtende Beispiel fand auch sofort weitere Nachahmung, so daß heute bereits an 120 Arrestanten im Hafen zu Reval arbeiten, während die bisherigen Hafenarbeiter sämmtlich feiern müssen.

Balkanländer.

Bukarest, 29. September. Nunmehr hat auch die sozialistische Arbeiterpartei in Jassy definitiv beschlossen, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen selbstständig aufzutreten. Die Verhandlungen bezüglich eines Kompromisses mit der radikalen Partei führten, wie vorauszusehen war, zu keinem Ergebniß, da man sich auf jener Seite wohl die Unterstützung seitens der Arbeiter gefallen lassen, nicht aber die hauptsächlichsten Führer der Sozialisten in die Kandidatenliste aufnehmen wollte. An der Spitze der Liste in Jassy steht nunmehr der Genosse Nadejde, während in Bukarest Genosse Konstantin Millo an erster Stelle steht. Die Agitation für die Wahlen ist in den beiden Hauptstädten Rumäniens bereits im vollsten Gange, und die Gegner, die bisher nur über das „kindliche Spiel“ der Sozialdemokraten lachten, werden jetzt vielleicht einsehen, daß trotz allen Ableugnens die Arbeiterbewegung in Rumänien im Erstarken begriffen ist.

Theater.

Freitag, den 3. Oktober.

Opernhaus. Coppelia.
Schauspielhaus. Geschichte Gottfrieden's von Berlichingen mit der eisernen Hand.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Die Haubenlerche.
Lessing-Theater. Das zweite Gesicht.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Puppenfee. Schwätzerin von Saragossa.
Wallner-Theater. Aus der Coulissenwelt.
Residenz-Theater. Ferreol.
Viktoria-Theater. Die Million.
Belleallianee-Theater. Mein junger Mann.
Ostend-Theater. Der Fall Clémenceau.
Thomas-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

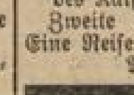
Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Lieder- u. Walzersängerin.
Anni Carelli, Kostüm-Soubrette.
Herr Rosée, Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen-Imitator und Charakter-Komiker.
Familie Blumenfeld, Parterre-Potpourri, Drahtseil, Tanz.
Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Rödmann.
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Entrée Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovirung geschlossen.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77–79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern,
ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags **Entrée 20 Pf.**
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 **F. Sodtke.**

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23**, H.p.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Ufer.
Freitag, den 3. Oktober, Abends 7½ Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung.
Sportsnummern!! 3fache Springfahrschule, geritten mit 3 englischen Pferden von Herrn E. Schumann. Altdeutsche Quadrille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Jockeyreiter Herr Achilles. Parforcereiterin Frl. Paula Nelson. Doppel-Trapez Geschwister Leon.
Original-Clown Duroff.
Pas de deux gracieux. Schulreiterin Frl. Ada. Clown Tom Filix.
Sonntag, den 5. Oktober: 2 große Vorstellungen, 4 und 7½ Uhr.

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdigkeit der Residenz.
Zum ersten Male:
Neu: **Helgoland.** Uebergabe. Ankunft des Kaisers. Feldgottesdienst ꝛc.
Zweite Reise durch **Portugal.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Castan's Panopticum.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abds.
Amazonen-Corps.
23 Amazonen, 10 Krieger aus Dahomey.
Vorstellungen
Vormittags 11½ und 12½ Uhr, Nachmittags von 4½–9½ Uhr stündl. eine Vorstellung.
Extra-Entree 30 Pf. Kinder frei.

Passage-Panopticum.
Unter den Linden 22/23. [742

Lebensgroße Wachsfiguren.
Panoramen. Dioramen.
Ethnographische Sammlungen.
Italienische Volkssänger.
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Rheinländischer Tunnel,
gen.: „**Die fidele Nagelkiste**“,
Berlin N., Elsasserstraße 73, gegenüber der Bergstraße.
Rendez-vous aller lebenslustigen Herren.
Brömmels, Radaubrüder und Quasselfritzen haben keinen Eintritt.
Kapellmeister: **R. Blank.**
Gesang: **Lucia Moor.**
H. Schultze (mit'n ß),
Plansch-Apotheker.

Allen Genossen und Freunden theile ich hierdurch mit, daß ich mein **Cigarrengeschäft** am 1. Oktober nach der Manteuffelstraße 9 verlege.
C. Reinicke,
Manteuffelstr. 112a. 2381

Geschäftshaus S. Heine
Chausseestr. 14.
Die schönsten 741
Kinderkleider und -Jacken
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen,
auch im Einzelverkauf sehr billig! Maaßbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterkleider und Trikotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe ꝛc.
Geschäftshaus S. Heine.

Evorabräu
in Fässern von 16 Litern an und in Flaschen — 25 große oder 30 kleine für 3 M. — empfiehlt 2386
Gustav Hering,
N., Berliner Lagerhof, Gebäude Nr. 3.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein 2384
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,
Vereinszimmer. Volksblatt liegt aus.
J. Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Nach wie vor
mache ich meine werthe Kundschaft auf meinen vorzüglichen 2360
Frühstück-, Mittag- und Abendtisch,
helles und dunkles Bier, direkt vom Faß, ganz besonders aufmerksam.
A. Kowald Nachf.,
Oranien- und Alexandrinenstrassen-Ecke.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt. [746

Buchbinderei 2391
K. Janiszewski
Kottbuserdamm 99, Hof part.
Alle Freunde und Parteigenossen, die mich durch **Buchbinder-Arbeiten** unterstützen wollen, bitte dieselben bei Gottfried Schulz, Zigarrengeschäft, Kottbuser Platz; Wilschke, Zigarrengeschäft, Junkerstr. 1 u. Katzbachstr. 1; Heindorf, Restauration, Langestr. 70; Schayer, Restaurat., Invalidenstr. 153; Gnadt, Brunnenstr. 38 u. Schweitzer, Zigarrengeschäft, City-Passage, gefälligst mit Angabe ihrer Adressen abzugeben.

F. Pietsch, **Tanz-Institut,** Dresdenerstr. 10.
Ein neuer Lehrkursus f. Damen u. Herren beg. Sonntag, 5. Oktbr, Nachm. 4 Uhr. Meld. Adalbertstr. 93 und bei Beginn des Unterrichts. 709

7. und 8. Oktober
Ziehung der ersten Klasse der
Königl. Preuß. Klassen-Lotterie.
Originalloose, deren Erneuerungen zum amtlichen Planpreis b. Kgl. Einn. direkt bewirkt werden können: 1/1 à 120 Mk., 1/2 à 56 Mk., 1/4 à 28 Mk., 1/8 à 16 Mk.

		Originalloose, die bei mir im Depot belassen werden.				**Antheilloose:**				
	Loos:	1/1	1/2	1/4	1/8	1/4	1/8	1/16	1/32	1/64
Später an Erneuerung zu zahlen für	Mark:	52	26,—	13,—	6,50	13	6,50	3,25	1,75	1,—
	II. Klasse	52	26,—	13,—	6,50	13	6,50	3,25	1,75	1,—
	III. "	52	26,—	13,—	6,50	13	6,50	3,25	1,75	1,—
	IV. "	52	26,—	13,—	6,50	13	6,50	3,25	1,75	1,—
Bei Vorausbezahlung für alle Klassen		208	104,—	52,—	26	52	26	13	7,—	4,—

Amtliche Listen für alle Klassen 1 Mark.
Marienburger Geld-Loose (6.–10. Oktbr.) à 3 M., 1/2 à 1,50 M. Porto und Liste 30 Pf.
Richard Schröder, Berlin W. 8, Tauben-Strasse Nr. 26. Fernsprecher Ic. 2708.
Filiale: Rosenthalerstrasse 31.

Telephon: Amt 7a, 5771.
Kgl. Preuß. 183. Klassen-Lotterie
Ziehung der I. Klasse am 7. und 8. Oktober 1890. [1900
Antheil-Loose: 1/2 26, 1/4 13, 1/8 6½, 1/16 3¼, 1/32 1¾, 1/64 1 M.
Ganz besonders mache auf meine bekannten **Glücks-Loose**, lautend auf 10 verschiedene Nummern, aufmerksam: 10/8 62½, 10/16 32, 10/32 16½, 10/64 9 M.
M. Meyer's Glückskollekte, Berlin O. Grüner Weg 40.
Telegramm-Adresse: Glückskollekte Berlin.

Lassalle-, Marx-, Bebel-, Liebknecht-, Singer-Köpfe als Cigarrenspitze, echt Meerschaum à 1,50 M. u. besser. Dieselben (Stereoskop) in Weichselspitze à Dtzd. 3 M., auf Pfeifenkopf à 1 M., ganze Pfeifen z. Preis, als Shlipsnadel in Perlmutter à 1,25 M., als Broche von Elfenbein à 2 M. [2262] **B. Günzel,** Brunnenstr. 157.

Albert Auerbach.
Kottbuser Damm 7 (nahe der Kottbuser Brücke).
Schuhe und Stiefel für Herren, Damen, Kinder.
Spezialität: **Herrenstiefel,** genagelt und auf Rand.
Große Auswahl in Filzschuhen und Filzpantoffeln.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren eigener Fabrik, bill. Preise, empfiehlt **Hermann Dehmel,**
2178 Müllerstr. 165.
Auch Theilzahlung.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise. **Emil Heyn,**
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Den Genossen empfehle bei Bedarf mein 1407
Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft.
Wilh. Pahr, Elisabethkirchstr. Nr. 8 am Pappelpl.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein 611
Tabak- und Cigarren-Geschäft
Skalitzerstrasse 66. **Otto Jahns.**

Sophabezüge!
Reste v. 3½–5 Meter **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!
[744

Soeben erschien:
Die Neue Zeit.
IX. Jahrgang, Heft 1.
Erscheint wöchentlich in Heften à 2 Bogen. — Preis pro Heft 20 Pf.
Zu beziehen durch die **Expedition, Beuthstr. 3.** — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Soeben erschien:
Heft 1:
Die Urgesellschaft.
Von
Lewis H. Morgan,
übersetzt von **W. Eichhoff** u. **K. Kautsky.**
Komplett in ca. 11 Heften à 50 Pf.
Zu beziehen durch die **Expedition, Beuthstraße Nr. 3 (im Laden).**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 230. Freitag, den 3. Oktober 1890. 7. Jahrg.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 2. Oktober.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung um 5 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Durch den Tod des Stadtraths Spielberg ist der Posten eines unbesoldeten Stadtraths frei geworden. Eine Kommission von 15 Mitgliedern, die vor Beginn der nächsten Sitzung gewählt werden soll, hat die vorbereitenden Schritte für die Neuwahl zu unternehmen.

Der deutschfreisinnige Arbeiterverein spricht der Versammlung sein Bedauern aus, daß sie über den Antrag Vogtherr und Genossen (Militärposten-Frage) zur Tagesordnung übergegangen ist.

Eine weitere Resolution desselben Vereins, die sich mit dem Verhalten der 15 Stadtverordneten beschäftigt, die in voriger Sitzung durch ihren Antrag die Berathung des Antrages Richter verhindert haben, erklärt der Vorsteher nicht verlesen zu wollen, da sie persönliche Angriffe enthalte.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Stadtv. Richter und Genossen, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, welche Schritte derselbe angesichts der jüngsten Brandkatastrophe in der Friedrichstr. 134 gethan hat.

Stadtv. Lüben wünscht in einem Antrage vom Magistrat das Resultat der Versuche mit dem Löp'schen Respirator mitgetheilt.

Stadtv. Wohlgemuth beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit der Regierung in Verhandlung zu treten, um die Uebernahme der Markt-, Gesundheits- und Baupolizei, sowie der Feuerwehr in städtische Verwaltung herbeizuführen.

Stadtv. Richter erklärt, daß die Stadtvv. Spinola und Schmeißer vor der vorigen Sitzung auf ihn einzuwirken versucht hätten, daß er seinen Antrag zurückziehe. Da sei ihm die Angelegenheit verdächtig vorgekommen. Man hätte seinen Antrag in der vorigen Sitzung ruhig zur Verhandlung kommen lassen sollen. Vier Menschenleben sind bei dem letzten Brand umgekommen. Die Untersuchung wird ergeben, wer die Schuld trägt. Zu dem Artikel, der zur Vertheidigung der Feuerwehr von einem Berichterstatter, der dieser Behörde nahe steht, in die Zeitungen gebracht worden wäre, könne der Branddirektor Stude sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden. Schwere Anklagen ließen sich auf Grund dieses Artikels gerade gegen den Branddirektor erheben. Die Untersuchung, die sehr streng geführt, werde alles klar stellen. Die Feuerwehr habe stets als ein sehr tüchtiges Institut gegolten; sie sei sehr populär und beliebt. Sie verdanke diesen Ruhm der Thatsache, daß bei Schaffung der Feuerwehr die Offiziere aus bürgerlichen Kreisen genommen wären, die wohl militärischen Geist aber nicht militärischen Trill in die Feuerwehr getragen hätten. Der Antrag gebe dem Magistrat Gelegenheit, ein rechtes Wort zur rechten Zeit zu sprechen. Sein (Redners) Antrag solle dem Antrag Wohlgemuth die Wege ebnen. (Ruf: Aha!)

Stadtrath Bain: Wir haben Einsicht von dem bisherigen Untersuchungsmaterial genommen. Die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen und ihr Ergebniß uns noch nicht völlig mitgetheilt. Erst wenn dies geschehen, werden wir sehen, was zu thun ist.

Stadtv. Singer (zur Geschäftsordnung) legt Protest dagegen ein, daß das zweite Schreiben des deutschfreisinnigen Arbeitervereins vom Vorsitzenden nicht verlesen worden sei. Die Geschäftsordnung gebe dem Vorsteher nicht das Recht dazu. Redner ersucht deshalb den Vorsteher, das Versäumniß nachzuholen.

Vorsteher Dr. Stryck glaubt, daß diese diskretionäre Gewalt dem Vorsteher belassen bleiben müsse. Er könne nicht jede unsläthige Karte hier verlesen.

Stadtv. Vogtherr meint, daß es sich hier wohl nicht um eine unsläthige Karte, sondern um eine berechtigte Meinungsäußerung handle.

Stadtv. Langerhans: Die Resolution ist ja schon aus den Zeitungen bekannt. Wird der Antrag Singer freilich angenommen, dann muß der Vorsteher die Resolution verlesen.

Vorsteher Dr. Stryck: Es geht nicht an, daß dissentirende Theile der Bürgerschaft hier durch Anschreiben an die Versammlung einzelne Mitglieder der Versammlung beleidigen.

Stadtv. Singer: Alles, was an die Versammlung eingeht, muß hier bekannt gemacht werden. Die Schreiben sind nicht an den Vorsteher, sondern an die Versammlung gerichtet. Die diskretionäre Gewalt, wenn sie sich auch in der väterlichen Weise des Herrn Vorsteher äußert, verträgt sich nicht mit der Oeffentlichkeit, unter der wir tagen.

Stadtv. Meyer II hält die Singer'sche Ansicht für zu weitgehend. Die Zeit erlaubt nicht alles zu verlesen. Jedes Mitglied habe das Recht, im Bureau von den Zuschreiben Kenntniß zu nehmen und daraufhin Anträge zu stellen.

Stadtv. Loewel hat, obgleich er zu den Unterzeichnern des Richter'schen Antrages gehört, nichts darin gefunden, daß die Debatte um acht Tage verschoben wurde. (Rufe: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsteher: Sie reden nicht zur Geschäftsordnung, aber ich weiß, Sie werden schon dazu kommen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Loewel bekämpft die Singer'sche Ansicht.

Der Geschäftsordnungs-Antrag Singer wird hierauf abgelehnt.

Es wird in der Debatte fortgefahren.

Stadtv. Vogtherr freut sich, daß keine Kompetenzbedenken die Berathung der wichtigen Angelegenheit hier unmöglich gemacht hätten. Es wird seit lange beklagt, daß die Stadt, welche die Kosten trägt, keinen Einfluß auf die Verwaltung der Feuerwehr ausüben kann. So müssen wir uns mit philosophischen Debatten genügen lassen. Militärischer Drill ist das Hauptübel. Zu persönlichen Dienstleistungen werden Feuerwehrleute von ihren Vorgesetzten verwandt. Ein Feuerwehrmann holt für seinen nächsten Vorgesetzten täglich das Mittagessen von der Breslauerstraße nach der Schönebergerstraße. Tadelnswerth ist ferner das Verhalten und Auftreten der Polizei, die niemals dort zu finden ist, wo sie gebraucht wird. Nichts darf verheimlicht werden. Viel wird die Untersuchung nicht ergeben. Was die Frage der ärztlichen Hilfeleistung betrifft, so zeigen die verschiedenen Vorschläge, die laut werden, wie mangelhaft die jetzigen Zustände in dieser Beziehung sind. Die Sanitätswachen leisten in ihrer jetzigen Form nichts, weil sie auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen sind; sie müssen von der Stadt in Verwaltung genommen werden, sonst bleiben ihre Grundlagen ewig unsicher. Auch dieser Frage muß der Magistrat näher treten. Sanitätswesen, Feuerwehr und der betreffende Theil der Polizei muß dem städtischen Einfluß unterworfen werden. In dieser Richtung sollte der Magistrat arbeiten, statt sich nur auf das Ergebniß einer Untersuchung zu verlassen, die von den Leuten geführt wird, die ein Interesse daran haben, daß die alten Zustände bestehen bleiben.

Stadtv. Meyer II: Wir müssen die traurige Angelegenheit mit Reserve, nicht mit voreiligem Urtheil behandeln. Wir warten die Ergebnisse der Untersuchung ab. (Zustimmung.)

Stadtv. Richter zieht Angesichts des Antrages Wohlgemuth, sowie der Erklärung vom Magistratstische seinen Antrag zurück.

Stadtv. Lüben zieht seinen Antrag gleichfalls zurück.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind unwesentlich.

Schluß 7½ Uhr.

Lokales.

Windmühlenkampf. Die Mucker und Muckergenossen werden also auch ihren Triumph haben; dem Reichstag wird ein Gesetz behufs Bekämpfung der Trunksucht zugehen. Es wäre dies nicht das erste Mal, daß sich der Reichstag mit dieser Materie zu beschäftigen hätte. Bis jetzt ist aber Nichts dabei zu Stande gekommen.

Was man von den Grundzügen des neuen Gesetzes hört, ist, daß die Sache doppelt in Angriff genommen werden soll, sowohl auf dem Gebiet des Strafgesetzbuchs als auch der Gewerbeordnung. Man wird also die „Trunksucht" bestrafen und gegen das Schankwesen vorgehen.

Wir lesen in gesinnungstüchtigen Blättern, daß solche Maßregeln nothwendig seien, um die Nationalwohlfahrt vor weiteren Schädigungen zu bewahren durch die zahllosen Schankstätten, die überall aufgethan werden; die Familie werde durch das Kneipenleben zerstört und überhaupt würden 42 pCt. aller Verbrechen im Rausche begangen. In diesen 42 pCt. „Verbrechen" werden wohl auch sämmtliche Wirthshausschlägereien und Straßenskandale bei Nacht inbegriffen sein, denn die meisten Vergehen und Verbrechen sind heute bekanntlich gegen das Eigenthum gerichtet und bei solchen Gelegenheiten hört man in den allerseltensten Fällen von Trunkenheit.

Wir wollen alle die hundert und tausend Gründe, die sich gegen ein Strafgesetz gegen die Trunksucht vorbringen lassen, heute nicht noch einmal aufführen. Wir wollen nur das klägliche Blindekuh-Spiel charakterisiren, das von den herrschenden Klassen aufgeführt wird, indem man die Schuld an der Schädigung der „Nationalwohlfahrt" den Kneipen und Schankstätten zuschreibt.

Man ist endlich soweit gekommen, daß man sich die furchtbaren Verluste an Kraft und Gesundheit, die der Volkskörper erleidet, nicht mehr verheimlichen kann; man gesteht sie nachgerade zu. Aber man darf beileibe nicht die wahren Ursachen zugestehen, sonst müßte man ja die heutige Produktionsform und ein gut Theil der bürgerlichen Einrichtungen anklagen, und das kann man von den herrschenden Klassen nicht erwarten. Sie wollen die heutigen Zustände bestehen lassen, deren Grundlagen von ihren Gelehrten mit derselben Zähigkeit vertheidigt werden, wie die Sklaverei von den Philosophen der alten Welt. Und so will man der ganzen sehenden Welt eine Nebelkappe über Augen und Ohren ziehen und sie glauben machen, die Verwüstungen in unserem Volksleben kämen von der Trunksucht her!

Wenn man von der Trunksucht spricht, so zeigt es sich so recht, welches Pharisäerthum sich bei uns breit macht, das den Splitter bei Anderen und den Balken bei sich selber nicht sieht. Die Regierung sollte sich doch bedanken, dem Drängen dieser Leute nachzugeben. Wir glauben kaum, daß das Trunksuchtsgesetz seine Anwendung finden soll gegen die Völlerei in den sogenannten gebildeten Kreisen. Wird man vielleicht die Herren Studiosen mit dem Gesetz verfolgen und den Bierkomment als eine Anstiftung zur Völlerei und als eine Verleitung zur Trunksucht betrachten wollen? Kaum! Oder wird man von nun an auf unsere liebenswürdigen Poeten, die des Zechers Lust besingen, als „unmoralisch" aus den gewöhnlichen Lesebüchern verbannen und die Jugend ihren Verführungen entziehen?

Nein, darum handelt es sich nicht. Die Schäden im Volksleben sollen der Trunksucht zugeschrieben werden, damit — „etwas geschieht". Die herrschenden Klassen haben ja nach ihrer Meinung die hohe sittliche Aufgabe, über die Entwickelung des Volkslebens zu wachen, und so müssen sie eben auch dafür sorgen, daß der Arbeiter nicht zu viel trinkt und seine Familie dadurch zerstört!

Man mache heute einen Spaziergang durch die Straßen einer Stadt um die Mittagsstunde. Auf allen öffentlichen Plätzen, auf Bänken, auf Treppen, auf dem Grasboden, unter Bäumen und wo es angeht, sieht man Arbeiter ihr Mittagsmahl einnehmen. Im Arbeitslokal können sie über Mittag nicht bleiben; nach Hause zu gehen, haben sie keine Zeit. Viele von ihnen müssen der Miethe wegen draußen wohnen, was ja die wohlwollenden Herren Bourgeois so gerne sehen, weil es den Leuten „gesund ist". Eine Frau oder ein Kind muß dem Arbeiter in tausend Fällen sein Essen bringen. Wo bleibt nun da für diese die Familie? Und wenn die Frau und die Kinder auch in die Fabrik oder sonst auf Arbeit gehen, wie wohlwollende Bourgeois gleichfalls wünschen — wo bleibt dann die Familie? Der liebe Gott läßt nicht nur die Sonne scheinen, sondern auch regnen über Gerechte und Ungerechte. Wo soll dann der Arbeiter, der nicht nach Hause kann, sein Mahl einnehmen? So gemüthlich und behaglich macht es ihm die heutige Industrie und ihre Produktionsart. Diesen Zustand nennt man dann „individuelle Freiheit", es gehört zum „gesunden Individualismus", und Herr Richter wird nicht müde, die Sozialdemokratie, die eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt, zu beschuldigen, ihr Ideal sei ein „Zwangsstaat"!

Nun, mancher arme Arbeiter nimmt sein kärglich Mahl auch unter der Unbill der Witterung im Freien zu sich, um zu sparen. Andere aber gehen in irgend ein nahes Restaurationslokal und essen dort; es ist behaglicher. Selbstverständlich müssen sie dort auch etwas trinken — ah, da haben wir schon die „Trunksucht". Kneipen, die auf die Arbeiter spekuliren, schießen „wie Pilze" aus der Erde; da muß eingeschritten werden. Und auch Abends geht mancher Arbeiter in die Kneipe, denn es ist ihm zu Hause nicht behaglich; er hat kein richtiges Familienleben, wenn Weib und Kinder nicht zu Hause walten können. Zwar hat der Fiskus seinen Vortheil davon, seitdem Bier und Branntwein durch Abgaben vertheuert sind, aber — die Trunksucht muß bestraft werden!

Wir bestreiten nicht die verderblichen Wirkungen des Alkoholismus, aber sie werden nur mit Erfolg bekämpft durch eine bessere und gesündere Ernährung des Volkes und durch die Wiederherstellung der Familie, die durch die kapitalistische Ausnutzung der Arbeitskraft längst zerstört ist.

Allerdings ist es leichter, gegen die „Trunksucht" anzukämpfen, als eine bessere Volksernährung zu beschaffen!

Der Staat war gestern in Gefahr. In der Friedenstraße, in der Nähe des alten Georgenkirchhofes, ließen gestern Nachmittag mehrere Kinder selbstverfertigte Luftballons steigen. Einer dieser Ballons, der aus rothem Seidenpapier angefertigt war, flog in die Höhe und blieb an einer der alten Pappeln, die auf dem Kirchhof, nahe an dem Zaun stehen, hängen. Lustig flatterte das rothe Seidenpapier im Wind. Da kam des Nachmittags ein Polizeilieutenant die Friedenstraße entlang und sah die „sozialdemokratische Demonstration." Sofort wurde die Feuerwehr allarmirt. Ein Zug von 3 Wagen rückte an. Ein Feuerwehrmann stieg über den Zaun und kletterte an dem Baum hinauf. Das staatsgefährliche Papier wurde losgerissen und — flog auf die danebenstehende Pappel. Von dort wurde es denn glücklich hinunter geholt.

Der „Fall Lindau" hat seine Opfer gefordert. Der „Berl. Börs.-Cour." theilt Folgendes mit:

> „In der Leitung der „Volks-Zeitung" werden, wie wir hören, in nächster Zeit einige Aenderungen vor sich gehen. Herr Dr. Franz Mehring scheidet aus seiner Stellung und dem Redakteur Herrn Ledebour ist die Kündigung zugegangen."

So hat sich also wieder einmal gezeigt, wie allmächtig die Klique um Lindau ist. Vielleicht wird es auch den Leuten aus unseren Reihen, die in der Angelegenheit bisher nur einen Skandal erblickten, nunmehr klar, daß die vereinigten Bourgeois Jeden erbarmungslos erdrosseln, der es wagt, ihrem schändlichen Treiben entgegenzutreten. Mögen die Mosse's und Cohn's sich der moralischen Genugthuung, die sie Herrn Lindau zu theil werden ließen, freuen — die anständige öffentliche Meinung wird über sie mit Verachtung zur Tagesordnung übergehen.

Trotz aller Wohlfahrtspolizei wird täglich die Gesundheit und das Leben des Publikums in leichtsinnigster Weise auf das Spiel gesetzt. Da hat beispielsweise die Verwaltung der Görlitzer-Eisenbahn zwischen ihren Geleisanlagen und dem Bürgersteig der Wienerstraße einen schmalen Streifen Land zu Holz- und Kohlenplätzen vermiethet. Um nun den Platz auf das Aeußerste auszunützen, sind die Bretterstapel bis zu schwindelnder Höhe aufgethürmt und oben mit losen Brettern zugedeckt. Daß ein solcher Thurmbau eine Gefahr für die Passanten ist, erkennt man auf den ersten Blick, und wenn sich ein Sturm erhebt, wie er gestern durch die Straßen raste, dann geschieht was geschehen muß, die Bretter werden aufgehoben und auf den Bürgersteig hinabgeschleudert. Die Vorübergehenden mögen dann sehen, wie sie sich mit einem solchen, aus Himmelshöhen niederprasselnden Holzsturz abfinden.

Wegen Beilegung eines falschen Namens wird sich demnächst eine Frauensperson zu verantworten haben, welche vor einiger Zeit von sich reden machte. Wie wir damals berichteten, wollte eine angebliche Wirthschafterin K. auf dem Bahnhofe Friedrichstraße, auf welchem sie aus Neisse angekommen sei, um ihr ganzes Gepäck, darunter auch ein Sparkassenbuch über 12 000 Mark gekommen sein, und zwar durch einen Mann, bei der sie habe Wohnung nehmen wollen. Es stellte sich bald heraus, daß die Frau, in welcher unterdessen eine gewisse B. ermittelt worden ist, schwindele. Denn in Neisse kannte man weder eine Wirthschafterin K., noch hatte die dortige Sparkasse ein Buch über 12 000 M. für eine solche ausgestellt. Ueber das Motiv der Flunkereien war man aber bisher im Unklaren. Jetzt hat die B. gestanden, sie habe damals durch ihre falschen Angaben das Mitleid ihrer Mitmenschen erregen wollen, um ein Unterkommen zu finden. Sie habe ihrer Entbindung entgegen gesehen und sich in einer gänzlich hilflosen Lage befunden. Die B. ist mittlerweile in der Charitee entbunden und wird wegen oben erwähnten Vergehens unter Anklage gestellt werden.

Ein Diebstahl auf offener Straße wurde vorgestern Nachmittag von einem gewissen Bohl verübt. Die Wittwe B. war mit ihrem Umzuge nach der Rügenerstraße beschäftigt und ließ dabei ihr Mobiliar einstweilen auf dem Bürgersteige stehen. Nach einiger Zeit vermißte sie ein Spind, und in der Nähe spielende Kinder konnten ihr mittheilen, daß kurz vorher zwei Männer dasselbe fortgetragen hätten. Eines der Kinder vermochte sogar bald nachher einen der betheiligten Männer zu zeigen. Dieser gab auch ohne Weiteres zu, das Spind fortgetragen zu haben, aber er verwahrte sich dagegen, daß dies in der Absicht rechtswidriger Aneignung geschehen sei. Er habe vielmehr bemerkt, daß das Spind auf dem Bürgersteige den Passanten im Wege gewesen sei, und dasselbe nach einem benachbarten Hausflur getragen, auf welchem der verlorene Gegenstand in der That auch gefunden wurde. Seine vorgebliche löbliche Absicht würde man dem B. vielleicht geglaubt haben, wenn er auch bisher noch nicht bewiesen hat, daß ihm ein gehinderter Verkehr so sehr am Herzen liegt. Zu seinem Unglück aber ist sein Konto schon mit zwei Diebstählen belastet, und er kann es wohl Niemand verdenken, wenn dieser Umstand einigermaßen gegen ihn einnimmt und die Kriminalpolizei so mißtrauisch machte, daß sie ihn in sichern Gewahrsam nahm, um ihn demnächst dem Staatsanwalte und dem Strafrichter vorzuführen.

Am Sonntag, den 5. Oktober cr., Vormittags 11 Uhr, findet in Josl's Saal eine Matinee statt. Der Ertrag dieser Matinee fällt einem seit Jahren kranken Handwerker zu. Das reichhaltige Programm verspricht einen genußreichen Vormittag und wäre auch des guten Zweckes halber ein recht reger Besuch dieser Matinee erwünscht.

Herr F. Mielenz-Johannisthal ersucht uns um die Mittheilung, daß er von der Auktion eines Lassallebildes 17 M. 60 Pf. an die Kirchhainer Weißgerber abgesandt hat. Herr Mielenz besitzt darüber den Postschein.

Der Gesangverein, der zur Begrüßungsfeier der Ausgewiesenen auf dem Berliner Bock mitwirkte, ist der Gesangverein „Liedesfreiheit". Der Verein steht unter dem Dirigenten Tietz und besteht ausschließlich aus Parteigenossen.

Polizeibericht. Als am 1. d. M. Nachmittags ein Kaufmann und dessen Lehrling im Geschäftskeller des Hauses Blumenstr. 25 mit dem Umgießen von Schwefelsäure beschäftigt waren, platzte ein Glasballon und ergoß sich dessen Inhalt über Beide, so daß sie an den Armen und Beinen nicht unbedeutende Verletzungen erlitten. Der Lehrling mußte nach Anlegung eines Nothverbandes nach der elterlichen Wohnung gebracht werden. — Mittags wurde im Keller des Hauses Mariannenstr. 29 die Leiche einer etwa 30 Jahre alten Frauensperson aufgefunden und nach dem Schauhause geschafft. Vermuthlich ist der Tod infolge eines Schlaganfalles erfolgt. — Nachmittags gerieth ein Mann mit seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau im Hause Dalldorferstraße 19, wo dieselbe sich aufhielt, in Streit, wobei er ihr mit einem dolchartigen Messer mit solcher Kraft mehrere Stiche in den Kopf beibrachte, daß die Klinge abbrach und im Kopfe stecken blieb. Die Frau wurde nach der königl. Klinik gebracht und der Thäter verhaftet. — Zu derselben Zeit wurde ein dreijähriger Knabe vor dem Hause Skalitzerstr. 5 von einem Pferdebahnwagen überfahren und am Hinterkopfe nicht unbedeutend verletzt. Nachdem ihm von einem Heilgehilfen ein Nothverband angelegt worden war, wurde er nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Abends vergiftete sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Feilnerstraße. — Zu derselben Zeit wurde in der Spree, an der Kronprinzenbrücke, die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes angeschwemmt und nach dem Schauhause geschafft. — Am 1. d. M. fanden fünf kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Ein trübes Licht auf unsere Sicherheitszustände wirft eine Zusammenstellung derjenigen Anklagesachen, mit denen sich die gestern beendete Periode des Schwurgerichts des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. In zehn Sitzungstagen gelangten nicht weniger als sechs schwere Gewaltthaten gegen das Leben und Eigenthum, wie Todtschlag, Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange und räuberische Ueberfälle, zur Aburtheilung, ferner je eine Anklage wegen Nothzucht und Urkundenfälschung. Es wurden insgesammt 44 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 4 Jahre 6 Monate Gefängniß über die Angeklagten verhängt. Am 13. d. M. beginnt bereits wieder eine neue Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I unter dem Vorsitz des Landgerichtsraths Braun.

Nöthigung und Bedrohung mit einem Verbrechen wurde dem Kaufmann Siegfried Altmann zur Last gelegt, welcher gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte war mit einer Dame verlobt, die das Verhältniß zu ihm wieder löste und zu einem anderen Herrn, der sie bald heirathete, in Beziehungen trat. Es waren wenig lautere Mittel, die der entlassene Bräutigam anwandte, um eine Verbindung mit seinem Nachfolger zu hintertreiben. Nicht nur sandte er Briefe überschwänglichen Inhalts an seine frühere Braut und deren Angehörige, in welchen er schreckenerregende Ereignisse in Aussicht stellte, falls die Heirath stattfände, sondern er richtete auch offene Postkarten an seinen Nebenbuhler, in welchen er in verblümter Weise Andeutungen machte, daß das Verhältniß zu seiner früheren Braut ein derartiges gewesen sei, daß die letztere eine andere Verbindung nicht eingehen könne. In diesen Andeutungen erblickte die Anklagbehörde die Thatbestands-Merkmale der Nöthigung, da die Betheiligten dadurch abgehalten werden sollten, die Verbindung einzugehen. Einem Bekannten seiner früheren Braut gegenüber äußerte der Angeklagte, daß er nie und nimmer die Heirath zugeben werde und wenn drei Leichen daraus entstehen sollten. Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht und beantragte dafür eine Gefängnißstrafe von drei Wochen. Der Gerichtshof vermißte zunächst den Thatbestand der Bedrohung, denn die Aeußerung in Betreff der drei Leichen sei nicht ernst zu nehmen, sondern nur als die leere Redensart eines erregten Menschen anzusehen. Aber auch eine versuchte Nöthigung könne in dem Inhalte der Briefe und Postkarten nicht gefunden werden und deshalb sei wegen beider Vergehen auf Freisprechung erkannt worden.

Die Köpenicker Unruhen beschäftigten am Donnerstag in drei verschiedenen Terminen die erste Strafkammer am Landgericht II. Alle diejenigen Personen, welche an den Vorabenden des großen Krawalls, am Abend des 20. März, — am 17., 18. und 19. März — der Polizei in die Hände fielen, sind vom Köpenicker Schöffengericht ziemlich streng bestraft worden und versuchen nunmehr ihr Heil in der zweiten Instanz, zum Theil mit recht glücklichem Erfolge. In dem ersten Termine, welcher anstand, berief sich der Angeklagte, Arbeiter Karl Pretz, direkt auf das Zeugniß des Bürgermeisters von Köpenick, welcher bekunden sollte, daß der Angeklagte sich bereits während der Aufforderung des Bürgermeisters zum Auseinandergehen auf den Weg gemacht habe, und daß der Polizeidiener, welcher den Auftrag erhalten hatte, den „ersten Besten herauszugreifen", mit seiner Person einen Mißgriff gemacht habe. Der Bürgermeister war geladen, aber nicht erschienen, und da dessen Zeugniß ein sehr wesentliches war, so mußte die Verhandlung vertagt werden. Im zweiten Termine wurde der Angeklagte, Arbeiter Wilhelm Kegel, der wegen Betheiligung an einem Auflaufe am 19. März zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, gänzlich freigesprochen, weil der vom Vertheidiger geführte Entlastungsbeweis es hoch wahrscheinlich machte, daß die Beamten hier in der That einen Mißgriff begangen und einen Unbetheiligten ergriffen hatten. Ein vollkommen einwandsfreier Zeuge bekundet nämlich, daß er mit dem Angeklagten einen Geschäftsgang gemacht habe, der sie durch die Grünstraße führte. Die Straße und namentlich der Bürgersteig sei sehr belebt gewesen, plötzlich sei ein Gendarm auf das Trottoir geritten, dadurch hätten sich die Passanten gestaut, er und der Angeklagte seien dicht vor dem Pferde gewesen, zurück hätten sie nicht gekonnt, weil zu viel Menschen sich hinter ihnen staute und da sei der Angeklagte von seiner, des Zeugen Seite weg verhaftet worden. Der Gerichtshof schenkte zwar den Aussagen der Beamten vollsten Glauben, hielt aber doch einen Mißgriff in der Person nicht für ausgeschlossen und daher die Sache nicht genügend aufgeklärt. In der dritten Verhandlung waren es die Arbeiter Schust und Ureck, die zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden waren, weil sie sich am 17. März an dem Auflaufe betheiligt hatten, welcher vor dem Streichan'schen Lokale stattfand, als das Versammlungsverbot bekannt wurde. In diesem Falle vermochten die Angeklagten zwar nicht ihre Freisprechung zu erreichen, doch setzte der Gerichtshof die Strafe auf je vier Wochen Gefängniß herab.

Mit großer Schlauheit und Dreistigkeit haben die Gebr. Georg und Bernhard Guhle Unterschlagungen und Betrügereien in Szene gesetzt, welche sie gestern vor der 1. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. zu verantworten hatten. Der erste Angeklagte war bei der Preußischen Hypotheken-Versicherungs-Aktiengesellschaft angestellt und hatte mit einem anderen Kommis gemeinschaftlich die zur Einlösung präsentirten Dividenden und Zinsscheine zu verarbeiten. Die Entwerthung dieser eingelösten Scheine geschieht dadurch, daß mit einer Papierscheere eine Ecke abgeschnitten wird. Dem Direktor Dannenbaum wurde nun seitens der Kontrolbeamten gemeldet, daß mit diesen Dividendenscheinen, deren jeder über 30 M. lautet, ein Unfug getrieben werden müsse, da mehrere derselben, welche als bereits bezahlt worden, nochmals präsentirt worden waren. Es wurden eingehende Nachforschungen angestellt und dabei ergab es sich, daß die qu. Dividendenscheine von zwei jungen Leuten bei hiesigen Bankiers umgewechselt worden waren. Auf den ersten Angeklagten lenkte sich sofort ein bestimmter Verdacht und als man ihn ins Gebet nahm, gestand er auch bald ein 21 Stück solcher Dividendenscheine unterschlagen zu haben. Er hatte sich solche Scheine herausgesucht, bei welchen der Entwerthungsschnitt nicht weit genug gegangen und die Grenze des ziemlich breiten Randes nicht überschritten hatte. Durch gleichmäßiges Abschneiden aller 4 Ränder hatte er dann jede Spur der Entwerthung beseitigt. Der zweite Angeklagte hat dann die so bearbeiteten Scheine bei den Bankiers umgesetzt und sich dabei gelegentlich einer Urkundenfälschung schuldig gemacht. Einer der Bankiers war etwas mißtrauisch und ließ sich eine Nota ausstellen und diese hat der Angeklagte mit falschem Namen unterzeichnet. Beide waren geständig und der Gerichtshof verurtheilte mit Rücksicht auf den groben Vertrauensbruch den Angeklagten Georg Guhle zu 1 Jahr Gefängniß, Bernharot Guhle zu 4 Monaten Gefängniß.

Ein Gründerprozeß. (Fortsetzung). (Erster Verhandlungstag). In der Nachmittagssitzung gelangte der Geschäftsbericht pro 1888 zur Verlesung, wonach eine Dividende von 9 pCt. zur Vertheilung gelangen soll. Auf dem Gewinnkonto figurirt der Betrag von 87 637 M. Präsident: Es ist von sachverständiger Seite nachgewiesen worden, daß der Gewinn um 47 pCt. zu hoch angesetzt worden ist; (zu L. Wolff): War denn der angebliche Gewinn überhaupt zu erwarten? — Angekl.: Das scheint allerdings ausgeschlossen. — Verlesen wird sodann ein Prospekt der Bankfirma L. u. S. Wolff, worin dieselbe auf Grund obigen Geschäftsberichts ein glänzendes Bild von dem Unternehmen entwirft und Ankauf der Aktien zum Kurse von 136 empfiehlt, aber verschweigt, daß die Firmeninhaber selbst Aufsichtsrathsmitglieder der Gesellschaft sind. Dadurch haben sie sich, wie der Vorsitzende betont, eines doppelten Vergehens gegen das Handelsgesetzbuch schuldig gemacht. Wie der Angekl. S. Wolff behauptet, ist der Prospekt von dem Kommissionsrath Haußmann verfaßt worden.

Es wird hierauf der Kaufmann Liersch aus Guben als Zeuge vernommen — eine jener Personen, welche s. Z. von den Gebr. Wolff wegen Verbreitung böswilliger Gerüchte verklagt worden waren. Dieselben hatten sich durch die Erzählung beleidigt gefühlt, daß einer der Wolff's in Hamburg, der andere auf der Flucht im Gotthardt-Tunnel verhaftet worden sei. Ohne jedes Zuthun dieses Zeugen ist die Klage aber wieder zurückgenommen worden. Die Angeklagten Gebr. Wolff wollen dazu durch einen Geschäftsfreund bewogen worden sein, jedoch die Bedingung gestellt haben, daß die Verbreiter jener Gerüchte ihre Behauptung öffentlich zurückziehen.

Der nächste Zeuge, Dr. Neumann, hat den wahnsinnig gewordenen Direktor Gützloe einige Zeit vor dessen Ueberführung in eine Heilanstalt behandelt. Er giebt sein Gutachten dahin ab, daß G. durchaus geistig gestört ist. Auf verschiedene Fragen des Präsidenten über den früheren Zustand des G. erklärt Zeuge, daß er nur über seine persönlichen Beobachtungen berichten könne und sich „laienhafte Fragen", die auf Mittheilungen dritter Personen beruhen und Zeiten betreffen, die außerhalb seiner Beobachtung lägen, verbitten müsse. — Der Gerichtshof verhängt wegen dieser Redewendung über den Zeugen eine Ungebührstrafe von 20 Mark.

Zeuge Reg.-Rath a. D. Beutner aus Berlin bekundet, daß er die Gebr. Wolff gar nicht gekannt habe und nur auf Einladung des Generalkonsuls Spiegelthal in den Aufsichtsrath eingetreten sei. Nach seiner Rückkehr von einer Auslandsreise sei er mit Spiegelthal nach Guben gereist, um sich das Etablissement der Gesellschaft anzusehen, welches damals einen durchaus nicht unangenehmen Eindruck auf ihn gemacht habe. Er habe nur einer einzigen Aufsichtsrathssitzung beigewohnt und sein Bedenken gegen eine Erhöhung des Aktienkapitals ausgedrückt. Seine Bedenken seien auch in das Protokoll aufgenommen worden, doch habe er dieses Protokoll später nicht mehr vorfinden können. Als er dann später erfahren, daß die Generalversammlung die Erhöhung doch beschlossen, sei er sofort zurückgetreten. — Präs.: Haben Sie es nicht auch mißfällig empfunden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsraths zugleich der Bankier der Gesellschaft war. — Zeuge: Allerdings war dies auch ein Moment für meinen Entschluß des Rücktritts, die Hauptsache war aber die Erhöhung des Aktienkapitals. — Die Angeklagten Gebr. Wolff behaupten, daß der Zeuge gar keiner Aufsichtsraths-Sitzung beigewohnt habe, was Zeuge Beutner unter Hinweis auf ganz bestimmte Vorkommnisse bestreitet. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann weist darauf hin, daß bei zahlreichen Gesellschaften die Bankiers der letzteren auch Mitglieder des Aufsichtsrathes seien. — Von einer Beweisführung in dieser Beziehung sieht der Gerichtshof ab, da er mit dem Staatsanwalt Karnatz annimmt, daß der von dem Vertheidiger behauptete, allerdings nicht wünschenswerthe Zustand thatsächlich besteht.

Zeuge Seifenfabrikant Bohne ist derjenige, welcher die Gebr. Wolff veranlaßt hat, die Beleidigungsklagen gegen die Verbreiter der bösen Gerüchte zurückzunehmen. Als Jugendfreund der Wolff's sei er diesen Gerüchten entgegengetreten, er sei dann für den Denunzianten der von Wolff verklagten Personen gehalten worden und die Letzteren hätten dann jede Geschäftsverbindung mit ihm abgebrochen. Er selbst sei Aktionär im Betrage von 3000 M. gewesen und habe das Unternehmen stets für gut gehalten. — Präs.: Sie haben aber einmal eine Unterredung mit dem verstorbenen Gützloe gehabt, welcher einer ganz andere Meinung über das Unternehmen hatte. — Zeuge: Ja wohl, Gützloe hat sich geäußert: „Die verfluchten Juden wollen mich zwingen, die Bilanz zu unterschreiben, das thue ich aber nicht!" Ich habe ihm damals das Gefährliche einer solchen Aeußerung ernstlich vorgehalten. — Auf Befragen des Präsidenten giebt Zeuge zu, daß er Sigismund Wolff alle Sonntage besucht hat und daß er auch einmal Direktor werden sollte, aber lieber Seifensieder geblieben sei. — Rechtsanwalt Friedmann: Ist der Zeuge bei seinen Besuchen jemals durch Wolff beeinflußt worden, indem ihm dieser etwa glänzende Schilderungen des Geschäfts machte? — Zeuge: Ich machte meist Sonntagsbesuche und Sonntags will ich überhaupt nichts von Geschäften hören! (Heiterkeit).

Unter mehreren dann vernommenen Zeugen, welche s. Z. üble Gerüchte über die Gründung ausgesprengt hatten, befindet sich auch der Fabrikant Steinke. Derselbe erklärt, daß sein Mißtrauen gegen die Wolff's bei Prüfung von deren Bilanz rege geworden sei. Alle darin angegebenen Zahlen seien ihm zu hoch vorgekommen, namentlich habe er die Angaben über den Verdienst für außerordentlich übertrieben angesehen.

Uhrmacher Beyer hat auf Zureden der Wolff's drei Aktien a 1000 Mark zum Kurse von 125 erworben. Nach dem Brande habe er aber Mißtrauen gehabt und persönlich bei den Gebrüdern Wolff in Berlin Nachfrage gehalten, eine wirkliche Auskunft aber nicht erhalten. Der Zeuge hat dann seine Aktien zum Kurse von resp. 40,25 und 19 verkauft, also einen großen Verlust erlitten. Rechtsanwalt Friedmann: Das war der zweite Kauf von Ihnen, aber bei einem früheren Kauf und Verkauf derselben Aktien haben Sie 16 pCt. am Kurse gewonnen, außerdem haben Sie Jahre hindurch unter Vermittlung der Gebr. Wolff in anderen Papieren an der Börse spekulirt und größtentheils Gewinne eingestrichen. — Zeuge giebt dies zu, will aber eigentlich im Ganzen nichts gewonnen haben.

Es folgt sodann die Vernehmung des Amtsgerichtsraths Krauß bezüglich des Bietungsprotokolls bei der Subhastation des Donegk'schen Grundstücks.

Präs.: S. Wolff hat hier behauptet, daß Sie Herrn Sack und S. Wolff damals den Vorschlag gemacht, daß Sack 5 M. mehr bieten solle, um Eigenthümer zu werden. — Zeuge: Ich erinnere mich, daß Wolff mich fragte, wie es anzustellen sei, daß Sack Erwerber werde, wenn er auch nicht Meistbietender werde. Auf diese bei Subhastationen sehr häufig wiederkehrende Frage gab ich lediglich den Rath, daß dieser Zustand doch am einfachsten dadurch hergestellt werden könne, daß Sack, wenn auch nur durch ein kleines Mehrgebot könne schon von 1 M. ab erfolgen.

Martin Sack, der Sohn des vorgenannten, durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Fabrikanten Fr. Sack, weiß bezüglich der Subhastation des Donegk'schen Grundstücks, daß sein Vater mit den Wolff's einen Vertrag über den Ankauf des Grundstücks geschlossen hatte. Darnach sollten die Wolff's das nöthige Draufgeld vorläufig hergeben, sein Vater aber das Grundstück nur zum Zwecke der späteren Weiterveräußerung durch Wolff's erwerben und dafür eine Gratifikation von 3000 M. nebst Erstattung der Auslagen erhalten. — Präs.: Hat Ihr Vater wirklich nicht mehr erhalten? — Zeuge: Nein! Als mein Vater erfuhr, daß die Firma Wolff das Grundstück an die Aktiengesellschaft für 100 000 M. weiter verkauft habe, wollte er auch etwas von diesem Profit abhaben, worauf ihm Wolff erklärte: Dieser Gewinn sei bereits unter den Gründern vertheilt. In Wirklichkeit hat also mein Vater nur 12 000 M. für seine ausgefallenen Schuldbuchbriefe und 3000 M. Aktien erhalten. — Präs.: Hat man nicht auch eine Quittung über einen Betrag von 63 282 M. für gelieferte Maschinen von Ihnen verlangt? — Zeuge: Ja wohl, ich habe quittirt, aber weder ich, noch mein Vater haben etwas von jener Summe erhalten.

Geh. Kommerzienrath Wilke, Inhaber einer Hutfabrik zu Guben, hat den Werth der Donegk'schen Fabrik auf 58 000 M. geschätzt.

Präs.: (Zum Angeklagten Hoffmann): Waren die Gebrüder Wolff im März nicht bei Ihnen, um Sie zu bereden, daß Sie Alles auf sich nehmen sollten, daß Sie die beiden Brüder nicht unglücklich machen sollten, und daß für Sie gesorgt werden würde? — Angeklagter Hoffmann: So ist es allerdings, das kann ich beeiden. — Rechtsanwalt Friedmann bemängelt die Wahrheitsliebe dieses Zeugen und weist darauf hin, daß dieser s. Z., e[illegible] er den Gebrüdern Wolff seine Dienste anbot, sich als „unverheirathet" bezeichnet habe, in Wirklichkeit aber verheirathet w[illegible] Der Zeuge erwiderte dagegen, daß er damals schon von sei[illegible] Frau geschieden war.

Hierauf wird die Verhandlung um 8 Uhr Abends vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Beweiserhebung wird fortgesetzt. Zunächst wird a[illegible] Veranlassung des Rechtsanwalts Hömann der Angeklagte Ho[illegible]mann darüber vernommen, worum er mit seinen Beschuldigungen gegen die Gebrüder Wolff erst so spät aufgetreten sei, währe[illegible] er ihnen vorher stets das größte Lob ertheilt habe. Bemerke[illegible]werth sei dabei, daß Hoffmann in der Zeit, als er schon [illegible] Untersuchungshaft gewesen, einen Injurienprozeß gegen Sig[illegible]mund Wolff angestrengt hatte. Wer habe ihm nun die Mi[illegible]theilung von einer Beleidigung gemacht, die S. Wolff in d[illegible] letzten Generalversammlung angeblich ausgestoßen, indem er [illegible] Schuld der Verschlechterung der Lage auf Hoffmann schob u[illegible] äußerte: „Vor einem Hausdieb kann man sich nicht schützen"?

Angekl. Hoffmann erklärt, daß er infolge der unausgesetzten Bitten der Wolff's so lange geschwiegen; dem Drucke folgend dem er unterlegen, habe er auch den Wünschen derselben a[illegible] Aufstellung der Bilanz nachgegeben. Als er aber obigen Vorwurf durch den Untersuchungsrichter erfahren, sei er klagend gegen S. Wolff aufgetreten, und das Resultat sei gewesen, da[illegible] S. Wolff zu 50 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung verurtheilt wurde.

Rechtsanwalt Koch (Vertheidiger des Hoffmann): Das ganze Vorgehen der Gebr. Wolff ging dahin, die Schuld auf Hoffman[illegible] zu schieben, der auch in Zeitungsartikeln, die augenscheinlich a[illegible] die Initiative der Gebr. Wolff zurückzuführen waren, für [illegible] schlechte Lage der Gesellschaft verantwortlich gemacht wurde. Der hiesige Buchdruckereibesitzer Krollmann wird auch bekunden, daß er dem Hoffmann Mittheilung von diesen Vorkommnissen gemacht, und daß letzterer sich auch dahin ausgesprochen habe, daß ihn nur das Drängen der Gebr. Wolff bisher zum Schweigen bewogen.

Zeuge Buchdruckereibesitzer Krollmann bestätigt diese Angaben. — Zeuge und Sachverständiger Jaenicke bekundet, daß im Kassenbuch in Ausgaben für den Ankauf des früheren Donegk'schen und dann Sack'schen Grundstückes 100 000 M. und außerdem für den Ankauf der Maschinen, Utensilien u. s. [illegible] 63 392 M. verzeichnet sind.

Bücherrevisor Franz Töpfer aus Berlin bekundet, daß die Bücher der Firma L. u. S. Wolff mit dem von derselben ausgegebenen Prospekt genau übereinstimmen. — Präs.: Hieraus ergiebt sich also, daß die Firma Wolff 100 000 resp. 62 392 M. [illegible] Ankauf des Sack'schen Besitzes und der betreffenden Maschinen [illegible] Aktiengesellschaft angerechnet hat? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Die Sache verhält sich also derart, daß Sack über 100 000 [illegible] quittirt hat, von denen er höchstens nur 70 000 M. erhalten, [illegible] ferner von ihm 63 392 M. quittirt wurden, für welche die Firma Wolff gar nichts gegeben hat.

Hierauf gelangen die Untersuchungsakten gegen Ho[illegible]mann wegen seines Konkurses in Krimmitschau zur Verlesung. Daraus ergiebt sich, daß das Verfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft selbst eingestellt wurde.

Der Präsident geht jetzt zu dem Ankauf des Lejeune'schen Grundstücks über. Die Gebrüder Wolff hatten hier als Mitglieder des Aufsichtsraths der Generalversammlung vom 27. August 1888 einen von der Firma L. u. S. Wolff mit dem Fabrikbesitzer Lejeune am 2. August 1888 geschlossenen Vertrag vorgelegt, worin der Verkaufspreis der Lejeune'schen Hutfabrik mit 408 000 Mark angegeben ist. Zugleich wurde ein Vertrag vom 11. August vorgelegt, worin die Firma Wolff den [illegible] Besitz zu obigem Preise an die Aktiengesellschaft überträgt. Der Aufsichtsrath hatte diese Verträge geprüft und den Kaufpreis für „angemessen" erachtet, worauf die Besitzübertragung ohne [illegible]stand erfolgte.

Präsident (zu L. Wolff): Haben Sie von den 127 000 M., die Ihr Bruder Sigismund am Tage des Ankaufs von Lejeune zurückerhalten hat, irgend ein Aequivalent erhalten? — Angeklagter L. Wolff: Nicht das geringste; ich habe überhaupt erst am 7. März d. J. erfahren, daß mein Bruder dieses Geld [illegible]halten hat.

Es folgt die Vernehmung des Kommissionsraths Spa[illegible] (Berlin). Präsident zum Zeugen: Sie haben seiner Zeit auf Aufforderung der Gebr. Wolff die Taxe über die Lejeune'sche Fabrik gemacht und in der Voruntersuchung bekundet, daß man sie dahin habe beeinflussen wollen, eine recht hohe Taxe aufzustellen. — Zeuge: Diesen Eindruck habe ich allerdings gehabt. — Präs.: Jahre Taxe war um etwa 40—50 000 M. niedriger, als die Schätzung des L. Wolff. — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Sie waren auch nach dem Brande zur Abschätzung des Schadens [illegible] und fanden die Versicherungssumme außerordentlich hoch. — Zeuge: Ich fand einige Posten allerdings sehr hoch. Den Wert der Maschinen in der Lejeune'schen und in der früher Donegk'schen dann Sack'schen Fabrik hat der Zeuge, welcher auch vom Gerichtshof als Sachverständiger besonders vereidigt wurde, mit 112 [illegible] bezw. 190 004 M. angegeben.

Der Zeuge und Sachverständige für das Baufach, Ber[illegible] Berlin, hat am 9. resp. 11. August 1888 nach den in Berlin [illegible] derartige Abschätzungen geltenden Prinzipien den Werth [illegible] Lejeune'schen Grundstücks auf 256 000 M. den des Donegk'sche[illegible] Grundstücks mit 214 000 M. festgestellt.

Zeuge Blaschkauer, ein Verwandter der Gattin des [illegible]geklagten L. Wolff erklärt, daß er von L. Wolff in dessen [illegible] eingeweiht worden sei, und zwar anläßlich eines Briefe[illegible] den Hoffmann an die Firma Wolff nach Berlin am 6. M[illegible] dieses Jahres gesandt. Hoffmann macht darin den empfindlich[illegible] Geldmangel geltend, der in der Kasse herrsche. Die Auszahlung der Löhne habe alle Kassenbestände abforbirt, ein Wechsel [illegible]fällig, die nächste Lohnzahlung stehe vor der Thür. Sodann [illegible] die nächste Bilanz übergehend, spricht Hoffmann die Ansicht a[illegible] daß eine Dividende nicht vertheilt werden solle, da in der vorig[illegible] Bilanz Werthe eingestellt worden seien, die gar nicht vorhan[illegible] waren. Allerdings würden die Feuerversicherungs-Gesellschaft[illegible] diese „Werthe" nicht ersetzen, aber dennoch liege nunmehr [illegible] Vermögenslage klar vor. Sollten wir in Konflikt mit der Staatsanwaltschaft gelangen, so muß auch das ertragen werden u. s. [illegible]

Zeuge deponirt ferner, daß er dann mit den beiden Wo[illegible] nach Guben gefahren sei und daß er den Eindruck empfan[illegible] habe, daß L. Wolff damals von der Transaktion des Sigismund Wolff, betreffs der 127 000 M. noch keine Kenntniß gehabt h[illegible] Eine bestimmte Bekundung, die doch eben nur ein Urtheil bild[illegible] würde, sei er nicht im Stande abzugeben.

Präs.: Der Angeklagte Sigismund Wolff hat von den [illegible] 127 000 M. allerdings der Gesellschaft auch Zuwendungen gemac[illegible] (zum Buchrevisor Jaenicke): geht dieser Betrag aus den Büch[illegible] hervor?

Sachverständiger Jaenicke: Allerdings, es wurden [illegible] Posten in Beträgen von 23 000 und 34 000 M. von der Fi[illegible] Gebr. Wolff an die Aktiengesellschaft überwiesen, ohne daß [illegible] den Grund dieser Zahlungen etwas Näheres hervorgeht. — Pr[illegible] Konnte diese Summe Einfluß auf den Kurs der demnächst e[illegible]führenden Aktien haben? — Jänicke: Allerdings. — Präs. [illegible] L. Wolff: Aus welcher Veranlassung ist denn dieser Betrag [illegible]zahlt worden? — Angekl. L. Wolff: Das weiß ich nicht, [illegible] Zahlung erfolgte auf Anweisung meines Bruders. — Pr[illegible] Und Sie konnten die Zahlungen solcher großen Summen [illegible] der Kasse Ihrer Firma gestatten, ohne daß eine Gegenleistung dafür erfolgte? Das erscheint doch unglaublich. — [illegible]geklagte L. Wolff: Ich weiß wirklich nichts Näheres, [illegible] ich war damals nach Hamburg gereist. — Angekl. S. Wo[illegible] Ich habe thatsächlich der Aktiengesellschaft 57 000 M. geschenkt.

Nach den weiteren Bekundungen des Sachverständigen [illegible] diese Beträge dem Gründungs- und Organisationskonto [illegible] Kredit zugeschrieben worden. Nach der Ansicht des Büch[illegible]

revisors Jänicke sollte dieser Betrag in einem Jahre, nach der Ansicht des Sachverständigen Bodstein in 10 Jahren getilgt werden.

Der Zeuge und Sachverständige Direktor Bodstein führt noch Folgendes aus: Es ist naturgemäß, daß ein Bankier als Gründer einer Gesellschaft auch deren Bankier bleibt, denn es würde unliebsames Aufsehen erregen, wenn man ein Depositum bei einem anderen Bankier als dem der Gesellschaft hinterlegen müßte. Die Erhöhung des Aktienkapitals auf eine Million hat auf mich nicht den Eindruck, wie auf den Zeugen Regierungsrath Beutner gemacht. Der Umstand, daß ein Bankier zugleich Mitglied des Aufsichtsrath ist, ist eine in der kaufmännischen Welt allgemein gebilligte Usance.

Präs.: Sie meinen also, daß in kaufmännischen Kreisen eine solche Doppelstellung nicht als Gefährdung der kaufmännischen Interessen erachtet wird? — Zeuge: Keineswegs.

Zeuge Direktor Weil (Berlin, Mitglied der Firma Sörgel, Parisis u. Co.) schließt sich den Ausführungen des Herrn Bodstein voll und ganz an.

Der Präsident kommt nun zu dem Punkte der Anklage, worin von Uebertreibungen und Verschleierungen der Bilanz vom Zeitpunkt der Gründung im Jahre 1887 bis Schluß 1888 die Rede ist.

Rechtsanwalt Friedmann: Diese Unrichtigkeiten der Bilanz, von denen die Angeklagten aber keine Kenntniß hatten, sind erwiesen und wäre daher wohl von einer weiteren Beweisaufnahme darüber abzusehen.

Staatsanwalt Karnatz: Ich möchte gerade die Beweisaufnahme, denn daraus wird sich ergeben, daß die Angeklagten von der Fälschung Kenntniß hatten.

Der Gerichtshof beschließt die Bemeisaufnahme und vernimmt zunächst den Bücherrevisor Jaenicke. Derselbe weist 88 Posten von Wolle nach, wo zwischen dem Eingangspreise und der Ansetzung in der Bilanz eine Differenz und Täuschung stattfindet. So wurden in einem Falle 1100 M. mit 1217 M., in einem anderen 282 M. mit 553 M. eingestellt. Die gesammte Differenz dürfte etwa 25 000 bis 30 000 M. betragen.

Die Angeklagten L. und S. Wolff führten diesen Umstand auf falsche Berichte der beiden Direktoren Hoffmann und Gutzloe zurück. S. Wolff meint, daß ihm und seinem Bruder selbst Bedenken über die betr. Wochenberichte der Direktion aufgestiegen seien und daß er diese Bedenke auch im Aufsichtsrathe zur Sprache gebracht habe.

Präs. (zu S. Wolff): Warum haben Sie dann diese Bedenken nicht in der Generalversammlung zur Sprache gebracht? Angekl. S. Wolff: Ich wohnte der betr. Generalversammlung nicht bei.

Der Angeklagte L. Wolff, welcher in der Generalversammlung anwesend war, bemerkt, daß er gar keine Ursache gehabt habe, den Angaben der Direktion zu mißtrauen, weshalb er auch keine Ausstellungen damals in der Versammlung gemacht habe. — Präsident zu den beiden S. u. L. Wolff: Hoffmann hat ja aber bekundet, daß er gerade durch Sie Beide zu den unwahren Angaben über die Vorräthe verleitet worden sei!

Beide Brüder Wolff weisen diese Behauptung des Hoffmann als durchaus unwahr zurück.

Angekl. Hoffmann: Ich kann nur auf meiner darüber bereits gemachten Angabe bestehen bleiben.

(Es folgt eine Pause.)

Guben, 2. Oktober. (Privattelegramm.) Der Staatsanwalt beantragte bei Sigismund Wolff eine Gesammtstrafe von 8 Jahren Gefängniß, 5 Jahre Ehrverlust und 38 000 M. Geldbuße, gegen Louis Wolff 5 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust sowie 23 000 M. Geldbuße, gegen Hoffmann 3½ Jahre Gefängniß, 3 Jahre Ehrverlust und 2000 M. Geldbuße.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an sämmtliche Kollegen aus Arbeiter des In- und Auslandes. Werthe Kollegen und Arbeiter! In Nachstehendem geben wir einen Ueberblick über die Aussperrung der Glasarbeiter.

Bekanntlich befinden sich die Glasarbeiter in Bergedorf, Flensburg und Ottensen seit dem 5. Juli d. J. im Ausstand; es ist bis jetzt noch keine Aenderung im Stand der Aussperrung zu verzeichnen, da bis jetzt von keiner Seite Annäherungsversuche gemacht worden sind.

Unter Zuzug haben wir bis jetzt wenig zu leiden und sind die Verhältnisse für uns bis jetzt günstig.

Die Fabrikanten können auch weniger auf Zuzug rechnen, da sie sich verpflichtet haben, gegenseitig sich keine Leute wegzunehmen; ihre Geißel, welche uns zum Nachgeben zwingen soll, ist der Hunger. Da nun die Ausgesperrten in Deutschland nirgends Arbeit bekommen, so glaubte man, die vorerwähnte Geißel würde baldigst ihre Wirkung thun. Nun, bis jetzt ist unser Muth ungebrochen, und wenn wir auch kein Leben wie manche Fabrikanten führen können, so ist bis jetzt doch noch Niemand von uns verhungert.

Nur eins, wodurch wir in eine unangenehme Lage kommen können, müssen wir hier erwähnen.

Bekanntlich ist vom „Hamburger Echo" für die Ausgesperrten gesammelt worden; nun ist vor Kurzem die Lage in Hamburg vom „Hamburger Echo" als normal hingestellt und sind die Sammlungen eingestellt worden; dies müssen wir dahin richtig stellen, daß wohl bei einigen Gewerken der Ausstand beendigt ist, wir Glasarbeiter und auch noch andere Gewerke (z. B. die Gasarbeiter) befinden uns noch im Ausstand; außerdem sind noch eine große Anzahl Gemaßregelter vorhanden, die sich zum großen Theil in einer argen Noth befinden; andererseits sind aber die Hamburger Arbeiter durch die langen Ausstände dermaßen erschöpft, daß sie für die Ausgesperrten und Gemaßregelten nicht allzuviel leisten können.

Wie aus dem oben Angeführten ersichtlich, kann von einer normalen Lage nicht gut die Rede sein.

Wir wenden uns daher an die Arbeiter des In- und Auslandes mit der Bitte, uns in diesem uns aufgedrungenen Kampfe auch ferner zu unterstützen, damit wir nicht der Brutalität des Kapitalismus unterliegen.

Was die Arbeiter von den Unternehmern zu erwarten haben, wenn es gelingt, die Organisationen der ersteren zu vernichten, das können wir an den Ewerführer-Baasen sehen; dieselben sind jetzt lustig dabei, die Löhne der Arbeiter zu beschneiden; auf diese Weise hoffen diese Herren, am ehesten zu ihrem Profit zu kommen.

Lasse sich also jeder Arbeiter durch derartige Beispiele warnen und gebe sich Niemand dem Kapitalismus auf Gnade oder Ungnade hin. Also nochmals, Arbeiter allerorts, unterstützt uns nach Kräften, dann kann unser Sieg nicht ausbleiben.

Es sind noch zirka 350 Glasarbeiter zu unterstützen, von denen die Mehrzahl verheirathet ist. Mit kollegialischem Gruß, Die ausgesperrten Glasarbeiter.

Sendungen sind zu richten an Glasarbeiter Hermann Hallwas in Sande bei Bergedorf, Markt Nr. 4, auch nimmt Sendungen entgegen die Redaktion des „Fachgenosse" in Löbtau bei Dresden; in Berlin nimmt Glasschleifer Adolf Richter, Wrangelstr. 75, Quergeb. 4 Tr., Gelder für die ausgesperrten Glasarbeiter entgegen, auch sind dort Sammellisten zu haben. Aller arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Der unterzeichnete Vorstand des Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bildungsvereins „Berlin Nord" ladet Genossen und Genossinnen des Nordens und Nordosten Berlins zum Beitritt in den Verein hiermit herzlichst ein. Die Gründung dieses Vereins geschah auf Anregung unserer Genossen und sind Unterzeichnete in den Vorstand gewählt. Wir glauben, durch die Gründung des Vereins einem längst gefühlten Bedürfniß entsprochen zu haben. Außer den öffentlichen Versammlungen finden wöchentlich einmal Leseabende statt. Auch steht den Mitgliedern die Vereinsbibliothek zur Verfügung. Hoffen wir nun, daß es dem Verein nicht so gehen mag, wie es schon so manchem pro patria Verein ergangen ist, daß er wegen zu schwacher Betheiligung aufgelöst wurde, sondern zeigen wir uns in unserer ganzen Größe und Macht. Darum Genossen und Genossinnen, welche noch keinem derartigen Verein angehören, entschließen Sie sie sich recht zahlreich zum Beitritt in den Verein, um darin mitarbeiten zu können, daß unsere Ziele recht bald erreicht werden.

Die Sitzungen finden vom 8. Oktober regelmäßig jeden Mittwoch im Restaurant Nürnberg (früher Neige), Schönhauser Allee Nr. 28, statt.

Hugo Lehmann. Carl Meyer. Wilh. Kusche.
Rob. Krause. P. Dewitt.

Versammlungen.

Die Versammlung, die zur Wahl der Delegirten für den 1. Wahlkreis bei May, Beuthstr. 22/23, abgehalten wurde, war vom besten Geiste beseelt. Genosse Metzner hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über den Organisationsentwurf. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, an welcher sich die Genossen Täterow, Feldmann, Wach u. A. betheiligten. Die Wahl hatte das bereits mitgetheilte Resultat.

Eine Versammlung unserer Parteigenossen des 2. Reichstags-Wahlkreises tagte am Mittwoch Abend in der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, unter dem Vorsitz der Genossen Wilschke, Monien und Fahrenwald. Das Referat übernahm der Stadtverordnete Otto Klein. Redner wies auf einige Mängel hin, die nach seiner Meinung an dem Organisationsentwurf zu finden seien, jedoch müsse man sachlich darüber diskutiren und sich gegenseitig belehren, damit unser nächster Parteitag den erneuten Beweis liefere, daß sehr wohl Einigkeit und Zufriedenheit in unseren Reihen herrsche. Er hielt es für wünschenswerth, daß der Parteitag seine Stellung zur Gewerkschaftsbewegung, zu Streiks und Boykotts genau präzisire, damit sich nicht die Kräfte wie bisher so zersplittern. Mit einem „Frisch auf zum Parteitag" endete er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — Eine Resolution, welche verlangt, solche Leute nach Halle zu senden, welche im Sinne des Referenten wirken werden — jedoch ohne gebundenes Mandat — wurde von Fahrenwald eingebracht. — Herr Schweitzer kritisirt alsdann den „freien Staat" in unserem Programm und hält ihn für überflüssig, weil er in der „sozialistischen Gesellschaft" mit enthalten sei. — Er verlangt eine direkte Leitung der Gewerkschaften durch den Parteitag, durch die politische Partei und eine gründliche Programmrevision. — Genosse Fahrenwald tritt für einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ein. — Nunmehr erhält der anwesende Abg. Auer das Wort. — Er erklärt, daß die in St. Gallen gewählte Programmänderungs-Kommission nicht über die Vorarbeiten hinaus gekommen sei. Arbeitsüberbürdung, Krankheit, Prozesse und sonstige Verhältnisse der Mitglieder derselben seien daran schuld gewesen. — Andererseits aber sei unser Programm nicht in dem Maße verbesserungsbedürftig, daß seine Revision förmlich auf die Nägel brenne. — Das Meiste, was man in demselben angeblich vermisse, sei schon darin enthalten, allerdings in kurzer, bündiger Form. In dem Passus z. B.: „Religion ist Privatsache" liegt schon die Thatsache, daß die Sozialdemokratie für Trennung der Kirche von der Schule eintritt, daß sie als demokratische Partei größtmöglichste Freiheit auch in religiösen Dingen befürwortete. Der erzwungene Atheismus beeinträchtige jedoch die Gewissensfreiheit des einzelnen, er trägt das Ketzerrichterthum, den Gewissenszwang in unsere Reihen und mache unsere Partei zu einer Kirche. Jeder habe das Recht, es in punkto der Kindererziehung zu halten, wie er als Vater, als Erzieher einer neuen Generation es für nöthig erachte, darin werde jeder überzeugte Genosse seine Pflicht thun; unsere Ideen bürgen wohl genug dafür, daß man in unserem Zukunftsstaate keinen Stöcker zum Hohenpriester machen, jedenfalls bürge sie mehr als gewisse „freireligiöse" Bestrebungen der Gegenwart, die sich nicht selten durch Fanatismus auszeichnen und durch ihre gehässigen Angriffe auf die „Pfaffenwirthschaft" ꝛc. mehr Leute vor den Kopf stoßen, als sie gut machen. Die besondere Erwähnung der Forderung des Stimmrechtes für die Frauen in unserem Programm hielt Redner für überflüssig, da dasselbe bereits für alle Staatsangehörigen, also auch für die Frauen, verlangt werde. — Die Gewerkschaftsbewegung an sich marschirt vollkommen getrennt von der politischen; so hat sie auch ferner zu marschiren. Eine Verquickung mit der politischen Partei würde nur zu vereinsgesetzlichen Schwierigkeiten führen. — Was den Organisationsentwurf betreffe, so stehe er, Redner, dieser Angelegenheit sehr kühl gegenüber. Leider könnten wir da nicht handeln, wie wir wünschen, sondern die Polizei werde da immer ein gewichtiges Wort mitsprechen. Der todte Buchstabe des Statuts macht es übrigens auch nicht, wenn uns der Geist, das Klassenbewußtsein nicht trägt. Nur das Gefühl der Zusammengehörigkeit läßt uns immer größere Erfolge erringen (anhaltender Beifall). — Nachdem die Herren Krause und Kroll noch für die Aufnahme der Bestrebungen des Atheismus in unser Programm eingetreten waren, sprach nochmals Genosse Auer in oben angeführtem Sinne. Genosse Werthmann stattete den Berliner Genossen für ihre zwölfjährige Thätigkeit während des Ausnahmegesetzes seinen Dank ab. — Hierauf schritt man zur Delegirtenwahl. Vorgeschlagen wurden neun (O. Klein, Karl Grau, Herm. Werner, Kitzing, Wilschke, Krause, Kroll, Schweitzer, Janiszewski, von denen Grau und Schweitzer ablehnten. Von den übrigen wurden Otto Klein, Konstantin Janiszewski und E. Wilschke gewählt. — Die Diäten wurden fast einstimmig mit 10 Mark pro Mann und Tag (exkl. Reisespesen) festgesetzt, zur Beschaffung der Gelder wählte die Versammlung eine fünfgliedrige Kommission. Schluß gegen 1 Uhr.

3. Wahlkreis. Im Etablissement Sanssouci (Kottbuserstraße 4a) kam es zu sehr stürmischen Debatten. Tapezirer Wildberger äußerte sich zunächst über den Kongreß ungefähr folgendermaßen: Unsere Führer haben einmal geäußert, das Sozialistengesetz werde nicht eher fallen, als bis das ganze heutige System gefallen sei. Die Erfahrung habe wieder einmal bewiesen, daß die Führer Unrecht hatten, denn eine Aenderung des Systems habe in keiner Weise stattgefunden. Auf dem Kongreß zu Halle wird gerügt werden, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion, entgegen dem Beschlusse des Kongresses zu St. Gallen, die Parole ausgegeben habe, bei Stichwahlen für die Freisinnigen zu stimmen. Auch werde getadelt werden müssen, daß die Fraktion, trotz des Beschlusses des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, betreffs der 1. Maifeier abgewinkt habe. Die Wahlparole sei um so befremdlicher, wenn man erwäge, daß es früher immer geheißen habe: lieber jeden anderen gegnerischen Kandidaten, als den freisinnigen zu unterstützen (Widerspruch). Der betreffende Beschluß sei doch in St. Gallen nicht gefaßt worden, damit er kurzer Hand von fünf Leuten über den Haufen geworfen werde. Der Einwand Bebels, daß man die Verewigung des Sozialistengesetzes mit dieser Paroleausgabe habe verhindern wollen, sei nicht stichhaltig, denn wenn die Regierung gewollt hätte, dann wäre das Gesetz verlängert worden. Durch den Aufruf der Fraktion betreffs des 1. Mai sei das Schicksal des Hamburger Ausstandes verschuldet worden. Das Unternehmerthum sei aber dadurch frecher und übermüthiger geworden. Auch mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion könne man nicht zufrieden sein. Bebel habe sogar geäußert, er würde wenn aus Anlaß des rauchlosen Pulvers eine dunkle Uniform eingeführt werden solle, für die alsdann erforderliche Anleihe stimmen. Welchen praktischen Nutzen die Antheilnahme an den parlamentarischen Arbeiten haben solle, sei ihm absolut unerfindlich. Auch wisse er nicht, weshalb die Abgeordneten nicht den achtstündigen Normalarbeitstag fordern, sondern sich mit dem zehnstündigen zufrieden geben. Durch ein derartiges Paktiren werde der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Freisinnigen verwischt. Im Weiteren sei zu rügen, daß laut Organisations-Entwurf der Reichstagsfraktion die Kontrole über den Parteivorstand übertragen werde und endlich, daß das „Berl. Volksbl." Zentralorgan werden solle. Einmal verdiene die Reichstagsfraktion, die doch auch, wie die Stichwahlen gezeigt haben, zum Theil von den Gegnern gewählt worden sei, kein unbegrenztes Vertrauen und zweitens sitzen in der Fraktion eine Anzahl Expedienten und Redakteure von Parteiblättern, die kein unbefangenes Urtheil beanspruchen dürften. Auch könne man nicht ein Blatt zum Zentralorgan machen, das den Fall Lindau breit getreten und Liefländer boykottirt habe, überhaupt eine gegentheilige Meinung nicht aufkommen lasse (mit Herrn Wildberger können wir keine Polemik führen; wir wissen ja auch nicht, in welchem „Zustand" derselbe geredet hat. Herrn Liefländer überlassen wir Herrn Wildberger, es wird ihn Niemand darum beneiden, und Herrn Wildberger überlassen wir den Parteigenossen. Red. des „Berl. Volksbl.") und sich zu drei Vierteln im Besitze eines Privatmannes befinde. (Rufe: Das ist nicht wahr!) Obwohl dies bestritten werde, so sei ihm bekannt, daß der Drucker bedeutend mehr zu sagen habe, als die Redaktion. Im Uebrigen wäre es ungerecht, wenn die Berliner nicht gleich den Magdeburger und Dresdener Genossen ein Lokalorgan haben sollten. Der Redner bestritt hierauf, die bekannte Aeußerung im Berliner Arbeiterverein gethan zu haben; wenn der betreffende Berichterstatter in der Versammlung wäre, dann würde er dessen Ausweisung beantragen. Er habe nur gesagt, daß angesichts des ehernen ökonomischen Lohngesetzes auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung keinerlei Besserung für die Arbeiter zu erreichen sei. (Stürmischer Beifall und heftiger Widerspruch.) — Tischler Barth: Die Zeit, in der kein Ausnahmegesetz herrsche, sei vielleicht eine sehr kurze; deshalb müsse dieselbe benützt werden, um derartig zu agitiren, damit schon im nächsten Reichstage die Sozialdemokraten die Majorität hätten. Wenn die parlamentarische Thätigkeit auch keinen praktischen Nutzen habe, so sei doch die Wahlagitation von großer Bedeutung. Im Uebrigen wäre zu wünschen, daß die Nörgeleien in der Partei nun endlich einmal aufhören würden. (Beifall und Widerspruch.) — Buchbinder Jahn: Er wundere sich, daß sich Wildberger zum Reichstage habe aufstellen lassen. Lassalle habe das allgemeine Wahlrecht als die wichtigste Waffe der Arbeiter bezeichnet. Wenn Liebknecht 1869 anderer Meinung gewesen sei, habe er eben den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen. Wildberger habe sich nicht blos bei der Hauptwahl in Berlin, sondern auch bei einer Nachwahl im Kreise Prenzlau aufstellen lassen, er habe somit früher auf dem Boden des Parlamentarismus gestanden. Da die gegenwärtige Generation den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht erleben werde, so sei es doch nothwendig, schon jetzt so weit als möglich Besserungen zu schaffen. Und diese seien mittelst des Parlamentarismus und der Gewerkschaften wohl zu erreichen. (Beifall und Widerspruch.) — Tischler Nöske: Wenn Wildberger gewählt worden wäre, dann würde er jedenfalls zu den Angegriffenen und nicht zu den Angreifern gehören. Es sei sehr bedauerlich, daß ein solcher Ton in der Partei eingerissen sei. (Unruhe.) Die Genossen dürften sich nicht der Stimme enthalten bei einer Stichwahl zwischen Virchow und Stöcker und zwischen Eugen Richter und Cremer. (Beifall.) Die Genossen Bebel und Liebknecht hätten jahrelang im Kerker gesessen, sie seien von Haus und Hof gejagt worden und es sei deshalb sehr zu bedauern, wenn in der Weise, wie es Wildberger beliebe, der Stab über sie gebrochen werde. (Lebhafter Beifall.) — Tischler Fritz kann dem Wildberger in keiner Weise beistimmen. Wenn die Abgeordneten sehen, daß der achtstündige Arbeitstag vorläufig nicht zu erreichen sei, dann empfiehlt es sich jedenfalls, daß sie sich zunächst mit dem zehnstündigen begnügen. Man möge doch nicht vergessen, daß es noch viele Genossen gebe, die täglich 15—17 Stunden arbeiten müssen. (Beifall.) — Schuhmacher Max Baginski: Er ersuche die Genossen, nicht Jeden als Nörgler zu bezeichnen, der gegen die Fraktion auftritt. Die Fraktion habe eben die Prinzipien der Partei verletzt, denn die Sozialdemokratie dürfe mit den herrschenden Parteien in keiner Weise paktiren. Am allerwenigsten dürfe man für eine Anleihe zu militärischen Zwecken stimmen. Es dürfe doch nicht vergessen werden, daß das Militär hauptsächlich der Arbeiter wegen gehalten werde. — Zigarrenhändler Kräker: Selbst wenn durch die Antheilnahme an den parlamentarischen Arbeiten nichts zu erreichen sei, so könne doch vielleicht eine Verstärkung des Druckes auf die Arbeiter verhindert werden. (Beifall.) — Tischler Bruns: Er sei in der Versammlung des Berliner Arbeitervereins gewesen und müsse sagen, daß Wildberger wohl so gesprochen habe, wie berichtet worden sei. Wildberger habe sich aber in einem Zustande befunden, daß er nicht mehr gewußt habe, was er spreche. Es sei das um so bedauerlicher gewesen, als er seinem Gegenkandidaten, dem Rechtsanwalt Munckel, in jener Versammlung gegenübergetreten sei.

Nach kurzer Debatte wurde alsdann zur Delegirtenwahl geschritten. Als zunächst Wildberger vorgeschlagen wurde, sprach Zigarrenhändler Kräker gegen dessen Wahl, da derselbe im Cafe Royal und in einer Versammlung zwei Genossen in arger Weise geschlagen habe. Derartige Rohheiten würden leider immer der Partei zur Last gelegt. Einen derartigen Mann dürfe man nicht zum Kongreßdelegirten wählen. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Wildberger erklärt, daß er, nachdem er in dieser Weise angegriffen worden sei, eine Wahl nicht annehme.

Die Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises versammelten sich am Mittwoch Abend in der Brauerei „Königstadt", Schönhauser Allee, um die Delegirten zum bevorstehenden Parteitage zu wählen. Das Bureau bildeten die Genossen Kutzbach, Emil Fritsche und Maager. Genosse Fritz Berndt hielt ein beifällig aufgenommenes Referat, in welchem er seiner Stellung zu der vorläufigen Tagesordnung des Kongresses zum Organisationsentwurf und zum Parteiprogramm Ausdruck gab. An dem Organisationsentwurf hatte der Referent folgendes auszusetzen: Die Wahl der Delegirten zu einem Parteitage müsse in der Weise geschehen, daß ein Wahlkreis mit unter 5000 Stimmen einen Delegirten, bis zu 10 000 Stimmen zwei Delegirte zu wählen haben. Jede weiteren 10 000 Stimmen seien durch je einen Delegirten zu vertreten. Ferner sei nicht der Vorstand auf die Dauer eines Jahres zu wählen, sondern die Amtszeit des Vorstandes habe mit jedem neuen Parteitag, ganz gleich ob ordentlichem oder außerordentlichem, ihr Ende zu erreichen. Wiederwahl müsse zulässig sein. Die Aufsicht über die Geschäftsleitung des Vorstandes habe nicht durch die Fraktion zu geschehen, sondern durch eine auf den Parteitagen zu wählende Kontrolkommission von sieben Mann, die an einem Orte ihren Wohnsitz haben müssen. Von dieser Kontrolkommission seien alle Beschwerden gegen die Parteileitung zu prüfen und zu entscheiden. Redner ermahnt, auf keiner Seite Böswilligkeit vorauszusetzen. Der Fraktion, der man über ihre Thätigkeit im Parlament keine Vorwürfe machen könne, habe gewiß nur das Beste der Partei gewollt, als sie den Entwurf ausarbeitete. Aber auch die Opposition habe sich von diesem Gedanken leiten lassen. Wenn auch die Verhandlungen auf dem Parteitage stürmisch werden, die Ideen werden nur eine Klärung erfahren. Alle auftauchenden Gedanken und Vorschläge müssen ruhig und sachlich, ohne Voreingenommenheit geprüft werden; das liegt im Interesse unserer Partei, die dadurch gestärkt wird. In der nun folgenden Diskussion spricht zunächst Genosse John, welcher wünscht, daß die Zugehörigkeit zur Partei nicht von einer fortlaufenden materiellen Unterstützung abhängig gemachtz wird. § 1 des Organisations-Statuts müsse lauten: Parteigenosse ist Jeder, der sich als solcher fühlt. Der Fraktion will Redner nicht eine Kontrole über die prinzipielle Haltung der Blätter zusprechen. Das hätten die

Leser jedes Blattes selbst zu besorgen. Ebenso wenig sei die Fraktion nöthig, den Vorstand zu kontroliren. Dazu seien die Parteigenossen in ihrer Allgemeinheit da. In Bezug auf das Programm wünscht Redner u. a., daß der Anfang lautet: Die Arbeit im Verein mit den Kräften der Natur ist die Quelle aller Güter. Genosse Lambrecht widerspricht diesen Ausführungen zum Theil. Nachdem noch Genosse Schulz gesprochen, resumirt der Referent in seinem Schlußwort seine Ansichten und übergiebt dem Vorsitzenden mehrere Anträge an den Parteitag zur Abstimmung. Genosse Auerbach spricht sich gegen eine Abstimmung aus, da damit den Delegirten ein gebundenes Mandat gegeben werde. Obgleich der Referent bemerkt, daß die Delegirten nur verpflichtet sein sollten, die in den Anträgen zum Ausdruck gebrachten Wünsche zur Anregung zu bringen, beschließt die Versammlung, keine Abstimmung vorzunehmen. Es wird hierauf zur Delegirtenwahl geschritten. Vorgeschlagen wurden die Genossen Reinhold Jacubik, Aug. Miller, Fritz Berndt, Albert Auerbach, Em. Fritsche und Paul John. Es wurde der Reihe nach abgestimmt. Für Genossen Aug. Miller fand sich keine Majorität. Gegen Jacubik, Berndt und Auerbach, stimmten nur wenige Theilnehmer an der Versammlung. Die übrigen Kandidaten kamen nicht zur Abstimmung. Nachdem noch eine Kommission zur Aufbringung der Gelder für die Beschickung des Parteitages gewählt und „Verschiedenes" erledigt war, schloß die Versammlung.

Für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am 1. d. Mts. die Versammlung der Genossen zur Wahl der Delegirten zum Parteitage nach Halle im Eiskeller statt. Das einleitende Referat hatte Genosse Wernau übernommen, welcher in seinem Vortrage der gewerkschaftlichen Organisationsfrage besondere Berücksichtigung angedeihen ließ, die Dringlichkeit hervorhebend, daß sich der Parteitag in Halle mit eingehend mit dieser zu beschäftigen haben werde und ihm die Aufgabe zufallen müsse, die Frage zu berathen event. zu lösen, ob eine durchgreifende, den heutigen Verhältnissen entsprechende, von der Polizei unabhängige, die untrennbare Politik berücksichtigende Gewerkschaftsorganisation geschaffen werden könne. Er hatte bewegte sich in einem dem Referenten zustimmenden Sinne. Von einer nochmaligen Diskussion über den Organisationsentwurf der Fraktion wurde im Allgemeinen Abstand genommen, das Erforderliche hierüber vielmehr dem Parteitage überlassen. Unter Anderem nahm auch Genosse Ewald das Wort, welchem eine herzliche Ovation dargebracht wurde. Derselbe kam noch einmal auf die obwaltenden Streitigkeiten anläßlich des Organisationsentwurfs zu sprechen, welche, wie er versicherte, die Genossen in den Provinzstädten einfach nicht begreifen, und war der festen Ueberzeugung, daß die Partei nach dem Parteitage in Halle neu gefestigt, gewappnet und kampfbereit allen Gegnern gegenüber stehen werde. Der lebhafte Beifall, welcher dem Genossen Ewald bei seinen Ausführungen gezollt wurde, bewies, daß er noch immer eines Sinnes mit den Genossen des 6. Wahlkreises ist. Den größten Theil des Abends nahm die Delegirtenwahl in Anspruch und kam es, da über jeden Kandidaten eine Spezialdiskussion beschlossen wurde, gelegentlich dieser zu mancher kleinen Mohrenwäsche. Das Resultat der Wahl ist gestern bereits bekannt gegeben worden. Es wurde beschlossen, daß die Delegirten die Ansichten der Genossen des 6. Wahlkreises, soweit sich dies ermöglichen lasse, auf dem Parteitage in Halle vertreten sollen, daß ihnen jedoch bei allen Abstimmungen freie Hand zu lassen sei. Die Regelung der Diätenfrage wurde einer Kommission übertragen.

Im Kreise Teltow-Beeskow-Storkow sind die Genossen Werner-Berlin, Wernicke-Charlottenburg und Schütz-Rixdorf zu Delegirten zum Parteitag in Halle gewählt worden.

Am 27. September fand die erste Mitgliederversammlung der „Freien Gemeinde" zu Friedrichshagen statt. Leider war nur der dritte Theil von den eingeschriebenen Mitgliedern erschienen. Die Tagesordnung lautete: Statutenberathung, Vorstandswahl und Verschiedenes. Zu dem angenommenen Statut sei besonders auf den Passus im § 1: Mitglied der Freien Gemeinde kann nur werden, wer aus der Kirche ausgeschieden ist — hingewiesen. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Martens (Vorsitzender), Richnow (Schriftführer), Laddei (Kassirer). Außerdem die Herren Knappe und Kutenberg als Beisitzer.

In dem Versammlungsbericht der kombinirten Malerversammlung heißt es: Zentral-Streik-Prüfungskommission; es soll heißen: Berliner Streik-Kontrollkommission.

Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend. Sonntag, den 5. Oktober, Vormittags 10½ Uhr, Beuthstr. 20, Saal 1 Treppe (Verein junger Kaufleute). Generalversammlung.

Pelten. Am Sonntag, den 5. Oktober, veranstalten die sozialdemokratischen Parteigenossen von Pelten einen Abschied vom Sozialistengesetz. Leichenfeier, bestehend in: Konzert, Vorträgen und Kränzchen von Abends 7 Uhr ab, wozu alle Freunde der Arbeitersache eingeladen sind. Genosse Warttig, der aus Pelten, resp. aus dem Kreise ausgewiesen, wird hierzu erscheinen.

Verein „Wanderlust". Sitzung Montag 9 Uhr, Grünauerstr. 14. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub „Süden". Freitag, den 3. Oktober, Abends 9 Uhr, Sitzung, bei Schwarzkopf, Skalitzerstraße 11. Gäste willkommen.

Filiale 4 der Allg. und Zentral-Kranken- und Sterbekassen der Metallarbeiter E. H. 29 und 89, Hamburg. Sonnabend, den 4. Oktober, Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Andreasstr. 20, bei Bolzmann. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Rehfisch. Thema: Die Seele im Thierkörper. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 5. Oktober, Vorm. 10 Uhr, Vortrag des Herrn H. Peus über die Charakterlosigkeit im heutigen Erziehung. Gäste sehr willkommen.

Freie Volksbühne. Am Freitag, den 3. Oktober, Abends 8½ Uhr, findet im Saale des Herrn Feuerstein eine große Versammlung für Männer und Frauen statt.

Achtung! Böhmisches Brauhaus. Sonnabend, den 4. Oktober, das 50jährigen Gesellenjubiläum des Tischlers Joh. Oberländer, verbunden mit Konzert, Vorträgen und Gesang, unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung". Festrede, gehalten vom Herrn Reichstags-Abgeordneten Franz Tuguer.

Versammlung des Vereins der in der Schäftebranche beschäftigten Arbeiterinnen am Sonnabend, den 4. Oktober cr., Abends 8½ Uhr, bei Beier, Neue Grünstr. 14 (Gartensaal r.): Vortrag des Herrn Millarg. Gäste, Herren und Damen, haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub „Heine". Sonnabend, den 4. Oktober, Hornstr. 11 bei Zechlin.

Große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen am Dienstag, den 7. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Saale des Bösow'schen Brauerei, Vor dem Preußischen Thor. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom internationalen Kongreß zu Antwerpen. 2. Der Ausschluß der Kollegen zu Eschwege. 3. Abrechnung der Kommission pro 3. Quartal 1890. 4. Verschiedenes.

Fachverein der Töpfer Charlottenburgs und Umgegend. Sonnabend, den 5. Oktober, Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Gambrinus-Brauerei, Charlottenburg, Wallstr. 40. Tagesordnung: 1. Vortrag: Was lehren uns die Unternehmerkoalitionen der Neuzeit? Referent: Herr Pistor. 2. Vierteljahrsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreichen Besuch, insbesondere der Berliner Kollegen, wird ersucht.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Mielenz-Johannisthal. Sie geben in Ihrem Schreiben ja gar nicht an, wo der Termin stattfindet. Theilen Sie uns das noch rechtzeitig mit.

F. Die alte Richter'sche Lüge von der Abkommandirung sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneten bei der Abstimmung über die „Dampfer-Subvention" ist so oft schon widerlegt, daß es nicht der Mühe lohnt, sie noch einmal zu widerlegen.

M. D. Kleinbeerenstr. 6. Ein Dienstmädchen, das Gelegenheit hat, sich zu verheirathen, kann den Dienst zum Quartalsersten ohne zuvorige Kündigung verlassen. Tagegelder kann sie außerhalb dieser Zeit nicht kündigen. In Ihrem Fall ist daher nur eine gütliche Verständigung mit der Herrschaft zu rathen.

O. K. Mühlenstr. Was sich die Eheleute gemeinsam erspart haben, gehört allein dem Manne. Stirbt dieser, so erbt die Frau und seine Geschwister den ganzen Nachlaß je zur Hälfte. Stirbt die Frau, so ist, außer ihren Kleidungsstücken ein Nachlaß nicht vorhanden. Durch ein bei Gericht niederzulegendes wechselseitiges Testament, können sich die Eheleute gegenseitig zu alleinigen Erben einsetzen.

Oeffentl. sozialdemokr. Versammlung

für den Kreis Nieder-Barnim

Sonntag, den 5. Oktober 1890, Vormittags 11 Uhr in der

Gräfl. Reischach'schen Brauerei zu Stralau.

Tages-Ordnung: 1. Ansprache des Reichst.-Abgeordn. **Stadthagen.** 2. Der Parteitag zu Halle und seine Bedeutung mit Einfügung des Organisations-Entwurfs. Referent: Herr **Theodor Metzner.** 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegirten zum Parteitag.

Genossen aus allen Ortschaften des Kreises Nieder-Barnim sind zu dieser Versammlung eingeladen. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.

795 **Der Einberufer.**

Glaser-Gesellschaft Berlins und Umgegend.

Unseren Mitgliedern zur Kenntniß, daß unsere

General-Versammlung

am **Dienstag,** den 7. Oktober, Abends 8½ Uhr in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstr. 77/79 stattfindet. 813

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden. 2. Abrechnung vom letzten Quartal. 3. Anträge des Vorstandes. 4. Wahl des Gesammtvorstandes. 5. Festsetzung der Entschädigung für das Leiten des Arbeits-Nachweises. 6. Wie verhalten wir uns den Mitgliedern gegenüber, die ihren Verpflichtungen laut § 2, Abs. 2 nicht nachgekommen sind. 8. Verschiedenes.

Zutritt haben nur Mitglieder, die im Besitz eines Quittungsbuches sind, oder wo das Kassenbuch ausweist, daß Betreffender Mitglied ist.

Der Vorstand. J. A.: A. Stampehl.

Zimmerleute Berlins.

Versammlung des Verbandes

Montag, 6. Okt., Ab. 8½ Uhr, in Feuerstein's Lokal,

Alte Jakobstr. 75.

Vortrag des Herrn **Wildberger** über: „Ludwig Birre".

Es ist Pflicht eines jeden Zimmerers zu erscheinen. 825

H. Ortland.

Ausserordentliche

General-Versammlung

des Medizinal-Unterstützungs-Vereins der Tabakarbeiter, deren Ehefrauen u. Tabakarbeiterinnen

zu Berlin (E. H.-R. Nr. 88)

Sonnabend, den 11. Oktbr., Ab. 9 Uhr 799 bei Grün, Elisabethstr. 29.

T.-O.: 1. Abänderung der §§ 3 und 4 des Statuts. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand: Louis Dechand.

Fachverein der Kernmacher

und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Versammlung

am **Sonnabend,** den 4. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn **Gnadt,** Brunnenstraße 38.

Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Beschlußfassung über Aenderung des Vereinstitels. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen bittet

808 **Der Vorstand.**

Allgem. deutsch. Sattler-Verein

Mitgliedschaft Berlin.

Versammlung

Sonnabend, den 14. Oktober 1890, bei **Reyer,** Alte Jakobstraße Nr. 83, Abends Punkt 8½ Uhr.

806 Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Julius Türk. 2. Diskussion. 3. Wahl der Arbeitsvermittelung. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Die Versammlung wird besonderer Umstände wegen pünktlich eröffnet. D. O.

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher

an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter

am **Montag,** den 6. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Lokal **Königsbank,** Große Frankfurterstraße 117.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten der Berliner Streik-Kontrol-Kommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der J. C. Pfaff'schen Möbelfabrik speziell eingeladen. Auch machen wir die Kollegen aus dem Norden auf diese Versammlung besonders aufmerksam. Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellersammlung statt. 817

J. A.: **E. Stein,** Friedenstraße 79.

Mitgliederversammlung

der **Central-Krankenkasse** der **Töpfer.**

Sonntag, 5. d. Mts., Vorm. 11½ Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstr. 77/79. T.-O.: 1. Quartalsabrechnung. 2. Das revidirte Statut. 3. Verschiedenes. **Carl Habantz,** 803 Bevollm., Kesselstr. 20.

Buchbinder-Männerchor Berlin

Allen Freunden des Vereins zur Nachricht, daß wir vom 5. Oktober ab bis auf weiteres alle 14 Tage einen **Vergnügungs-Abend mit Tanz** veranstalten in Feuerstein's Tunnel, Alte Jakobstraße 75. Gäste herzlich willkommen. Anfang 5 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

811 **Der Vorstand.**

Johannisthal.

Sonntag, den 5. Okt., Nachm. 4 Uhr, in **Ludwig's Salon:**

Gr. Arbeiter-Fest,

veranstaltet vom

Verein gewerblicher Hilfsarbeiter für Johannisthal und Umgegend.

Billets sind bei **Mielenz** zu haben. 805 **Das Comitee.**

General-Versammlung der Freien Vereinigung der Zimmerer Berlins

am Montag, den 6. Oktober cr.,

Abends 8½ Uhr,

in **Wilke's Salon,** Hochstr. 32.

Tagesordnung:

1. Vortrag und Diskussion über unser Verhältniß zum Judenthum und zum Antisemitismus. Referent: **Dr. Lütgenau.**
2. Abrechnung vom Vergnügen und des 3. Quartals.
3. **Stellungnahme zu dem Beschluß der Generalversammlung vom 24. September d. J.** 802

Der Vorstand.

J. A.: Hugo Lehmann, Str. 66, Nr. 20. II.

NB. Heute (Freitag) Abends 8½ Uhr Vorstandssitzung. D. O.

Generalversammlung

unterzeichneter Firma nach § 34 des Statuts findet **Sonntag,** den 5. Oktober 1890, Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn **R. Nürnberg** (Firma Neige), Schönhauser Allee 28, statt.

Tagesordnung: Beschluß: Liquidirung der Genossenschaft. 801

Der Aufsichtsrath der Vereinsbäckereien in Deutschland Sitz Berlin. (Eingetragene Genossenschaft). Rich. Hoppe, Vorsitzender.

Sonnabend, den 4. Oktober,

Abends 8 Uhr in

Dewein's Gesellschaftshaus

Fest der Sozialdemokraten Weissensees

zur Heimkehr d. Ausgewiesenen

u. Beendigung des Ausnahmegesetzes.

Begrüßung der Ausgewiesenen. Geselliges Beisammensein. Tanz.

Pflicht eines jeden Genossen ist zu erscheinen. [812] **Das Comitee.**

Fachverein der Putzer Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonntag,** den 5. Oktbr., Vorm. 11 Uhr, in den **„Bürgersälen",** Dresdenerstraße Nr. 96.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassirers pro 3. Quartal und Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Gesammtvorstandes. 3. Erledigung von Rechtsschutzsachen.

807 **Der Vorstand.**

Dem hochverehrten Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich das Restaurant „Ludwig's Salon" in Johannisthal käuflich erworben habe und vom 3. Oktober 1890 ab dasselbe übernehme. 809

Um geneigten Zuspruch bittet

Ergebenst

Gustav Kleinschewsky.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt

Moritz Gläser, 1451

167. Reichenbergerstr. 167.

Achtung!

Die ausgewiesenen Genossen, welche am 1. Oktober nach Berlin zurückgekehrt, werden ersucht, **heute Nachmittag 4 Uhr, im Restaurant Zubeil, Naunynstrasse 36** zu einem gemüthlichen Beisammensein sich zu versammeln. 826

Das Comitee.

Indem ich meinen hochverehrten Gästen hiermit meinen besten Dank ausspreche für das mir in so reichem Maße geschenkte Wohlwollen, zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich mein Restaurations-Geschäft „Zum kühlen Grunde" in Adlershof an Herrn Ferd. Hoffmann käuflich abgegeben habe.

Adlershof, den 1. Oktober 1890.

Ergebenst

Gustav Kleinschewsky.

Auf Obiges Bezug nehmend, bitte ich das hochverehrte Publikum von Adlershof und Umgegend, das meinem Vorgänger Herrn Kleinschewsky geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Ich werde bestrebt sein, den Wünschen meiner Gäste stets zu entsprechen. 810

Hochachtungsvoll

Ferdinand Hoffmann.

Emil Tiersch

Uhrmacher

21—22 Brunnenstr. 21—22

(neben Greifenhagen)

empfiehlt sein großes Lager aller Arten **Uhren, Goldwaaren u. Ketten** zu soliden Preisen. 804

Reparaturen unter Garantie!

Zahn-Atelier

Andreasstrasse 60 1 Treppe

Eingang Kleine Andreasstraße

Otto Arendt.

Schmerzloses Zahnziehen, Nervtödten, Plombiren, Anfertigung ganzer Gebisse und einzelner Zähne unter Garantie guter Ausführung bei solidesten Preisen.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein 796

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal

Weinstrasse 23.

Krümling,

früher Sische, Reichenberger-Straße.

Meinen werthen Freunden und Genossen zeige ich ergebenst an, daß ich Gneisenaustr. 30 ein Grünkramgeschäft übernommen habe. Um gütigen Zuspruch bittet [793] **W. Burmann.**

Mein Obst- und Gemüsegeschäft mit Rolle beabsichtige ich an einen Parteigenossen billig zu verkaufen. Näheres **Skalitzerstrasse 66. Jahn.**

Soeben erschien

Der wahre Jacob

Nr. 109.

Mit einer Extra-Beilage:

Unsere Todten

Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

Achtung!

Unserem Freunde **Emil Brockmeier,** dem Lumpenfritzen, zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch!

F. B. F. H. A. H. F. W. E.

Emil, Du quatschst ja heut wieder so viel?

Unserem Freunde und Genossen **Hugo Böhn** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! der dicke Bauch wackelt.

Die ganz Sanften aus Süd-Ost.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen, die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, des Töpfers **Hermann Franke,** sowie dem Herrn Prediger Reishaus für den trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren innigsten Dank.

Die tiefbetrübte Wittwe nebst Kindern.

821

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme beim Begräbniß unseres theuren Vaters, sowie allen Verwandten und Freunden des Entschlafenen, den Gesangvereinen „Nord" u. „Jubel" unseren tiefgefühltesten Dank.

Ww. Berzol nebst Kinder.

C. S. 200 ist wieder Junkerstr.

Die Beleidigung gegen Frl. W. nehme ich zurück und erkläre dieselbe für ehrenhaft. [814] **Ernst.**

Jede Nähmaschine zu repariren kostet mit Garantie des Gutnähens **2,50 M.** kleine Reparaturen billiger.

W. Maaske,

Christinenstraße 34, vorn 2 Treppen.

Kinderwagen. Großartige Auswahl **16. Bernauerstr.**

Roh-Tabak sämmtlicher Sorten.

Größte Auswahl, billigste Preise.

831 **G. Elkhuysen, Münzstr.**

Nur 1 Mark

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen.

Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 2

Cigarrenspitzen mit Stereoskop-Bildern von Sozialdemokraten.

Max Samuel jr.,

Kaiser-Wilhelmstr. 38, am Neuen Markt.

Mein Schankgeschäft (mehrere Bezirke) sof. zu verkaufen. **Flick,** Boyenstr.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 M.**

Kleine Reparaturen entsprechend billig.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren

C. Wunsch, Naunynstr. 5, n. d. Oranienstr.

Zither-Unterr. R. Nickel, Gartenstr.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt.

Arbeitsmarkt.

Töpfergesellen verl. Zehdenickerstr.

Schuhmachergef. vl. Spandauer Brücke.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.